G 7955 E

1. JAHRGANG NR. 2 JUNI 1986 EINZELPREIS DM 2.-

die randschau

ZEITSCHRIFT FÜR BEHINDERTENPOLITIK



INDIVIDUELLE STERBEHILFE UND BÜROKRATISCHER MASSENMORD

Die Sterbehilfe ist wieder in der öffentlichen Diskussion. Euthanasie, was soviel wie ‚schöner Tod' heißt, mag das heute niemand nennen: Zu stark sind die Assoziationen — Bilder von Vergasungen, Giftspritzen, Hungertod tauchen auf. Vom bürokratisch-perfektionierten Massenmord ihrer nationalsozialistischen Väter distanziert sich die gegenwärtige Medizin. Dennoch: Der Gesetzgeber wird aus den Reihen der Ärzteschaft aufgefordert, den Handlungsspielraum für das ‚sanfte Einschlafen' zu erweitern. Offen bleiben die Frage, ob neben der berechtigten Kritik an der Intensivmedizin nicht wie beiläufig andere Ziele verfolgt werden: Ökonomische und sozialpolitische Aspekte bestimmen im Gesundheitswesen die (Be-)Handlungen, bei der Debatte um die ‚aktive Sterbehilfe' fallen diese Kriterien auffällig hinter Beschwörungen des Mit-Leids zurück. Das demonstrative Herzeigen von schwerkranken oder schwerbehinderten Menschen rührt die Emotionen des Bürgers: Über die Angst vor Schmerzen und Leiden, vor Alter und Einsamkeit, vor Hilflosigkeit und Pflegeabhängigkeit gewinnt der Ruf nach der aktiven Sterbehilfe an Stärke. Das Elend des Daseins erhält dabei Attribute, die nur die reale Situation vieler behinderter Menschen zeichnen — Hilfen beim Essen, Anziehen, Waschen geraten in die Nähe von Last und Bürde. Und noch eines hat die Suche nach der Basis für die ‚Euthanasie'-Aktionen ab 1939 belegt: Das Nachdenken über lebensverkürzende Maßnahmen beinhaltet, über den Wert eines untypischen Daseins zu spekulieren.

1981 fand der Leiter einer Münchener Klinik durch Zufall in einem mit Formalin gefüllten Plastiksack ein totes Kind, das — soeben geboren — keines natürlichen Todes gestorben war.

Dieser Chefarzt war — wiederum ein Zufall — einer, der bereit war, einen anderen Arzt anzuzeigen.

So kam es zu einem aufsehenerregenden Prozeß, der die Diskussion um die Euthanasie in Deutschland wieder aus der Verdrängung holte.

Arzt und Ärztin, die das angeblich behinderte Kind zunächst unversorgt hatten liegen lassen und es etwa eine Stunde später töteten, kamen mit skandalös niedrigen Strafen davon. Nicht einmal ein Berufsverbot für die beiden wurde ausgesprochen.

Zum erstenmal wurde während dieses Prozesses offen ausgesprochen, daß das Unversorgtlassen behinderter Kinder in den Krankenhäusern eine „zeitgemäße" Form der Euthanasie ist.

Die LUFTPUMPE befaßte sich mit dem Thema im Schwerpunkt des März-Heftes 82, und auch die KRÜPPELZEITUNG widmete der Euthanasie-Diskussion stets breiten Raum. „die randschau" setzt das fort. Udo Sierck verfaßte den aktuellen Schwerpunkt dazu.

Gerade Behinderte sind aufgefordert, sich vehement an der Euthanasie-Verhinderung zu beteiligen, denn ihr und ihresgleichen Leben steht zur Debatte.

Der Schwerpunkt der nächsten Ausgabe rückt die besondere Situation behinderter Frauen in den Blick. Wer sich mit Beiträgen daran beteiligen will, wende sich bitte umgehend an Gisel Hermes, Stefanstr. 3 in 3500 Kassel (Tel.: 0561—31 19 54).

Die erste Ausgabe der „randschau" hat zu einem Schub neuer Abonnements geführt, und wir freuen uns über die weit überwiegend positive Beurteilung. Das motiviert. Aber auch die Kritik wird ihre Wirkung finden in einer stets besser werdenden Zeitung. Daß „die randschau" wieder nicht pünktlich erscheint, ist Leserinnen und Lesern ja schon fast zur Gewohnheit geworden. Uns wird verständnisvoll zu einem Zweimonatsrhythmus geraten. Aber wie wir uns kennen, würde das nur zu weiteren Verzögerungen führen. Dazu sind wir alle in zuvielen Projekten eingebunden. Wir brauchen die enge zeitliche Verpflichtung — und die Geduld unserer Leserinnen und Leser.





Holzweg Bildung



PROJEKT SONDERSCHULE

Skandal im Pflegeheim

Der Staatsanwalt ermittelt gegen das private Pflegeheim für behinderte Jugendliche im fränkischen Wassertrüdigen. Einerseits wird ein Millionenbetrug mit Pflegesätzen vermutet, andererseits brachte ein überraschender Besuch der staatlichen Kontrollkommission haarsträubende Zustände an den Tag:

- Nur einmal wöchentlich wurden die Windeln gewechselt; eitrige Geschwüre und Hautausschläge waren die Folge.
- Die verstärkt aufgetretenen Knochenbrüche wurden in einem Fall auf einen zusammenstürzenden Wickeltisch zurückgeführt; andere Ursachen werden noch untersucht.
- Wegen gravierender Personalmängel mußten einige der 122 jungen Heiminsassen schon um zwei Uhr nachts geweckt werden; eine Nachtschwester hatte 30 Jugendliche zu versorgen und daneben noch Bereitschaftsdienst zu machen.

Bereits 1979 wurden die Behörden auf die unhaltbaren personellen und hygienischen Verhältnisse in dem Pflegeheim, das von einem gelernten Krankenpfleger bzw. ab 1981 von seiner Tochter geleitet wird, hingewiesen. Die Situation hätte sich danach verbessert, verteidigt sich jetzt die mittelfränkische Regierung. Auch seien momentan nach Einstellung einer leitenden Heilpädagogin die hygienischen Bedingungen „zufriedenstellend"...

Über die Vorfälle wurden die politischen Gremien der Region allerdings nicht unterrichtet — aus Datenschutzgründen für die Heimisassen, wie der Bezirk verlauten ließ. Indes versucht der Besitzer, das Heim zu verkaufen, was ihm wegen seiner hohen Forderungen noch nicht gelungen ist... (nach ‚SZ', 2.4.86).

****

Vinzenz Wehner
Dekan-Fischer-Str. 16
8968 Durach

Wer hat Lust auf Dänemark?

Wir zwei haben Urlaub gebucht: Termin 26.7.—2.8.86 in Ostjütland, altes Steinhaus, Miete 360,— DM/Woche. Es ist noch Platz für 2—3 Personen, eine könnte evtl. bei uns im PKW mitfahren. Interessenten erreichen uns unter der Chiffre-Nr.:.........

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen

i. A. Vinzenz Wehner

Inhalt

Brandanschlag

Ein Brandanschlag auf das Max-Planck-Institut für Hirnforschung in Frankfurt-Niederrad hat einen Sachschaden in Höhe von mehreren hunderttausend Mark angerichtet.

Wie die ‚randschau' im April berichtete, ist in dem Institut unter anderem eine Sammlung von Hirnschnitten untergebracht, die Prof. Hallervorden ‚Euthanasie'-Opfern zu Forschugszwecken entnommen hat (vgl. TAZ, 23.4.86).

‚Rund um's Out-o'

Eine 24-seitige Broschüre dieses Namens hat die suchtberatungsstelle AUTO anläßlich des 100-jährigen Geburtstages des Automobils herausgegeben.

Die Texte sollen dazu anregen, sich als Fußgänger, Radfahrer und Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel an der Geburtstagsfeier zu beteiligen. Aufgezählt werden Veranstaltungen und Aktionen, die sich mit den Zusammenhängen zwischen ‚100 Jahre Auto' und den Unfalltoten, der Luftverschmutzung, der Lärmbelästigung etc. befassen. Weiterhin werden Aktionsformen beschrieben, die auch von kleineren Gruppen realisiert werden können.

Erhältlich ist die Broschüre für DM 4,— in Briefmarken bei:
Suchtberatungsstelle Auto
Cherusker Straße 10
1000 Berlin 62

Kleinbus mit behindertengerechter Zusatzausstattung

Die COCAS in Berlin haben, wohl unter Anleitung des sehr rührigen Tüftlers Martin Maubach (Großbeerenstraße 44, 1000 Berlin 42, Tel.: 030—74 11 37) eine einfache und kostengünstige Lösung ausgedacht, wie ein möglichst behindertengerechtes Fahrzeug aussehen könnte.

Sie sind dabei auf einen DAIHATSU-Sparcar de Luxe verfallen und bieten diesen nun für den Transport von Rollstuhlfahrern an:

DAIHATSU-Sparcar de Luxe, 5 Monate alt, volle Werksgarantie bis Dezember 1986, 45 PS, 1000 ccm, Verbrauch: 8 l/100 km bleibfrei, Hochdach, ausklappbare Rampe, geeignet zum Transport eines Falt- oder Elektrorollstuhls, ausbaufähig zum „Selbstfahrer". Preis: 14.000,— DM.

Die Berliner schreiben dazu noch folgenden Kommentar:

„Wir möchten unsere Entwicklung so erschwinglich wie möglich anbieten, damit auch derjenige Behinderte oder die Eltern eines behinderten Kindes, die ein Auto aus eigener Tasche zahlen müssen, sich eines leisten können..."

Walter Schubert

****

Wer sucht eine Fahrschule, die sich auf schwer- und schwerstbehinderte Führerscheinbewerber eingestellt hat und für fast alle körperlichen Behinderungen entsprechend eingerichtete Schulfahrzeuge bereitstellt? Hier ist sie: Klaus Döhmann, Sonnenstr. 3, 6229 Schlangenbad 2, (Nähe Wiesbaden) Tel.: 061 29—97 97.

Klaus Döhmann, selbst KFZ-Meister, baut auch die Fahrzeuge der Fahrschüler nach deren Bedarf um. Die TÜV-Abnahme ist in Schlangenbad möglich. Selbst die Beratung bei den Kostenregelungen soll geboten werden. Urlaubskurse mit behindertengerechter Unterbringung in einem gut bürgerlichen Gasthaus stehen im Angebot.

****

inteam AHH

INTERESSENGRUPPE DER AMBULANTEN HILFSDIENSTE HANNOVER

Eine neue Interessengruppe Behinderter hat sich in Hannover gegründet. „inteam" kürzt sich die Interessengruppe der ambulanten Hilfsdienste Hannover innerhalb der „Ambulanten Hilfsdienste Hannover" (AHH) ab. Diese AHH besteht aus 40 Behinderten und 50 Zivildienstleistenden. „inteam" hat sich nun gegründet, um „an politischen und organisatorischen Entscheidungen mitbestimmen" zu können.

Die Interessengruppe hat mittlerweile auch ihr eigenes Büro. Interessenten können sich an „inteam", Fischerstraße 13 in 3000 Hannover 1 (Telefon: 0511/7011601) wenden.

****

Behindertengerechte Toiletten an den Raststätten der Bundesautobahnen

Auf Initiative des cbf in Darmstadt hat die Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahn einer Neuregelung zugestimmt, die hoffentlich den Beifall aller schwerbehinderten Autofahrer findet.

Es geht um eine praktikable Lösung der Frage, wie die für Rollstuhlbenutzer nach DIN konzipierten **Toiletten** an den Raststätten der Bundesautobahn ausschließlich für diesen Benutzerkreis so reserviert werden kann, ohne daß für die Betroffenen allzu große Umstände verbunden sind. Diese entstanden bislang häufig dadurch, daß der Schlüssel für diese Toiletten nur beim Tankwart zu erhalten war.

War dieser mit der Abfertigung von Kunden stark beschäftigt, konnten schon einmal Wartezeiten entstehen, bis der Schlüssel ausgehändigt werden konnte. Außerdem mußte sich der schwerbehinderte Fahrer ja erst mit dem Tankwart verständigen, z.B. über das Problem, daß man nicht Treibstoff einlassen, sondern eher ablassen wollte — und wer bringt es schon fertig, zum Tanken eine markenfreie Billigtankstelle anzulaufen, allein zum Pinkeln aber eine Autobahntankstelle aufzusuchen.

Die jetzt angestrebte Lösung sieht so aus, daß alle bundesweit eingerichteten Behinderten-WC's mit einer einheitlichen Schlüsselanlage ausgerüstet werden (Sammelschließanlage). Unter Bekanntgabe der eingesetzten Zylinder-Nummer und des Schlüsselcodes kann dann von jedem Club die erforderliche Anzahl an Schlüsseln geordert werden, sodaß jeder schwerbehinderte Autofahrer einen derartigen fälschungssicheren Klo-Schlüssel erwerben kann. Den sollte er sich dann bei Autobahnfahrten tunlichst um den Hals hängen, damit er in der größten Not nicht doch wieder beim Tankwart oder der Raststättenbetreuung „anstehen" muß.

Zur Frage, wie's organisatorisch weitergeht, können Euch am besten die Initiatoren Antwort geben; wendet Euch also bitte direkt an den

cbf Darmstadt e.V. (Frau Hoffmann), Fünfkircher Str. 82, 6100 Darmstadt, Tel.: 061 51—31 58 81.

Aus Mainz beste Grüße

Vom 24.—30.07.86 veranstaltet der Deutsche Rollstuhlsportbund ein Freizeit- und Mobilitätstraining für Kinder und Jugendliche in 2910 Westerstede.

Die Teilnehmer/innen sollen lernen, durch die Beherrschung des Rollstuhls ein höheres Maß an Beweglichkeit zu erlangen. Neben dem Rollstuhltraining ist das Schwimmen ein weiterer Programmpunkt. Daneben soll die Freizeit nicht zu kurz kommen. Geplant ist u.a. ein Ausflug auf einen Ponyhof.

Die Kosten betragen täglich DM 39,70 pro Person, incl. Verpflegung, Übernachtung und Sportstättenbenutzung.

Interessierte (Kinder, Jugendliche und Eltern) wenden sich bitte bis Mitte Juni 86 an: Dr. Horst Strohkändl, Talstr. 23, 5204 Lohmar, Tel. 02246/7693

Dort können auch Möglichkeiten zur Finanzierung über Krankenkassenabrechnung erfragt werden.

****

Für 180.000,— DM könnt Ihr in Ostfriesland einen umgebauten, rollstuhlgerechten Bauernhof kaufen. Er hat 4 Zimmer, Küche, Diele, 2 Bäder. Die Stallungen sind noch erhalten. Land ist dazupachtbar.

Das Projekt ist gut als Ferienwohnung geeignet, wenn man sich das so leisten kann, oder für WG's die auf's Land wollen.

Kontakt vermittelt die Randschau-Redaktion in Köln

****

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände e.V., Franz Lohe Straße 17, 5300 Bonn vertreibt für eine Schutzgebühr von einer Mark die Broschüre: „Individuelle Fahrdienste für behinderte Menschen als soziale Eingliederungshilfe".

****

Nähe Leer noch Termine frei für Urlauber. Rollstuhlgerecht auch für E-Stühle. Pflege und Hilfeleistungen gewährleistet. Humane Preise! Tel. 04957/1779

Ich möchte gern neue Partnerschaft, locker, gleichgesinnt. Bin Rollstuhlfahrerin, 36 Jahre und lebe im Raum Remscheid.

Doris Klappet, Schwelmer Str. 47
5630 Remscheid

Rollstuhlfahrer, 30 Jahre, sucht zunächst Brieffreundschaft und erhofft sich mehr. SIE sollte unternehmungslustig, natur- und musikliebend, behindert oder nichtbehindert sein.
Kontakt über Kölner Redaktion

Sozialarbeiter-Stelle auf ABM-Basis (halbtags · 20 St.) in München zu vergeben. Schwerpunkt: Kongreßvorbereitung Herbst 87 zum Thema Unterbeatmung und Postpoliosyndrom.
Näheres durch Uwe Frehse,
Tel. 089 - 5 02 33 52

Aus dem Heim ins Freie! Wer möchte mitfahren? - im rollstuhlgerechten Camping - Wohnbus. Ziel Mittelmeer/Jugosl. oder nur Mittelmeer. Pflege und Hilfeleistungen können übernommen werden.
Tel. 02248/1432 u. 02241/61262

Laßt die Puppen tanzen...

Puppen im Rollstuhl

NEW YORK, 4. Juni (AP). Puppen im Rollstuhl oder mit anderen Behinderungen sollen US-amerikanischen Kindern nach dem Willen eines Herstellers auf spielerische Weise helfen, mit Behinderungen vertraut zu werden. Die Spielzeugfirma, die mit ihren neuen Puppen auch behinderten Kindern helfen will, mehr Selbstbewußtsein zu entwickeln, stellte jetzt in New York ihr neues Programm vor. In den Regalen der Spielwarenläden sollen Kindern künftig fünf verschiedene behinderte Puppen angeboten werden.

Die 48 Zentimeter große Nachbildung eines beinamputierten Skilehrers ist ebenso darunter wie eine Ballerina-Puppe, die ein Hörgerät trägt. Ein kleines Mädchen trägt Beinschienen und eine Krücke, und ein kleiner Junge sitzt im Rollstuhl. Eine scheinbar unversehrte Puppe wird durch einen Stock und einen Blindenhund als blinde Person kenntlich gemacht. Zwei weitere Puppen können als Nichtbehinderte oder als Behinderte mit einem Rollstuhl oder anderem Zubehör erworben werden. Nach Angaben des Herstellers soll der Gewinn aus dem Verkauf der Puppen einer Hilfsorganisation für behinderte Kinder zur Verfügung gestellt werden.

INDIVIDUELLE STERBEHILFE UND BÜROKRATISCHER MASSENMORD

Spätestens seit dem inszenierten Spektakel von Prof. Hackethal ist sie da — die Forderung nach einer Entschärfung des § 216 im Strafgesetzbuch. Es geht um die Sterbehilfe: „Mitleidstötung" nennen es sympathisierend die einen, ein „ärztliches Verbrechen" die anderen. Dieser ‚randschau Schwerpunkt' beleuchtet die Basis der ‚Euthanasie'-Aktionen im ‚Dritten Reich', zur Sprache kommt die Debatte der NS-Medizin um ein legalisierendes Sterbehilfe-Gesetz. Demgegenüber stehen Pro und Contra der aktuellen Auseinandersetzung: Parallelen drängen sich auf, nicht nur wenn die Fürsprecher der ‚aktiven Sterbehilfe' von Sterbekliniken in grüner Natur träumen.

Das bequeme Distanzieren von Schmerz und Leid, der technische Umgang mit dem Tod — Beweggründe, die auch bei geschärftem Bewußtsein verfangen. Alte Argumente im sauberen Gewand, neue Gesichtspunkte einer alten Diskussion — ‚eingefangen' werden die Deutschen über den emotionalen Einstieg.

Die schwerkranke junge Frau Hanna hat gerade einen ihrer Erstickungsanfälle überwunden. Als sie zu sich kommt, bittet Thomas Heyt den Freund, ihr „ein bißchen Klavier vorzuspielen". Das Ehepaar Heyt ist allein. Thomas Heyt weiß als Arzt, daß es für die mysteriöse Krankheit seiner Frau keine Heilung gibt. Während die Klaviermusik herauftönt, gibt Heyt Hanna „jetzt die Medizin", damit sie „schlafen" kann. Sie willigt ein und trinkt das ganze Medizinfläschchen aus. es „schmeckt bitter, heute", aber sie ist bald „so ruhig, so glücklich... wie lange nicht — so leicht... ich wünschte, das wäre der Tod."

(Heyt): „Es ist der Tod, Hanna."

(Hanna): „Wie ich dich liebe, Thomas...

(Er weint)

(Hanna): „... Ich wünschte, ich könnte dir die Hand geben, Thomas."

Während das Klavierspiel endet, bettet Heyt seine tote Frau.[1]

• • •

Diese dramatische Szene stammt aus dem Spielfilm ‚Ich klage an'. Erzählt wird die Geschichte von dem langsamen Sterben einer lebenslustigen, schönen Frau; vermittelt wird eine Botschaft, der sich auch der distanzierte Betrachter nur schwer entziehen kann: Die ‚Sterbehilfe' als Wohltat, als ein Akt sich liebender Menschen. Der Film lief mit Erfolg in den deutschen Lichtspielhäusern — im Frühjahr 1942, auf dem Höhepunkt staatlicher Massenmorde. Seine Funktion war es, den wachsenden Unmut der Bevölkerung über die Anstaltstötungen in den Bereich des privaten Zweifels zu ziehen. Mit diesem propagandistischen Schrittt wurde die Tötung von ‚lebensunwerten' Menschen zum individuellen Problem gewendet. Die ideologische Vorbereitung der ‚Euthanasie'-Aktionen hatte zuvor offensivere Töne angeschlagen. Rasse- und sozialhygienische Ansätze, ökonomisches Kalkül und wissenschaftlicher Tatendrang vermischten sich zu einer Kraft, die bestimmend für die nationalsozialistische Sozial- und Gesundheitspolitik wurde.

Das Fundament der ‚Euthanasie'

Ausgehend von den Theorien Darwins gewinnen um die Jahrhundertwende bei Medizinern, Juristen oder Ökonomen biologistische Ideen an Gewicht, die davon ausgehen, daß auch für die Menschen gelten muß, daß im täglichen Daseinskampf die Starken die Schwachen besiegen: Der Sozialdarwinismus predigte einerseits die Überlegenheit der germanischen Rasse, die als edle und gesunde vor der Erbmischung geschützt werden müsse; andererseits galt der Grundsatz, alle „Entartungserscheinungen" nach dem Selektionsprinzip zu bekämpfen. Angefangen bei dem Fortpflanzungsverbot und der Zwangseinweisung in spezielle Asyle ging der führende Rasse- und Sozialhygieniker Alfred Ploetz noch einen Schritt weiter: „Stellt es sich heraus, daß das Neugeborene ein schwächliches und mißratenes Kind ist, so wird ihm vom Ärztekollegium ...ein sanfter Tod bereitet, sagen wir durch eine kleine Dosis Morphium."[2]

Nach dem ersten Weltkrieg griff angesichts der hohen Verluste auf den Schlachtfeldern die Angst vor dem aussterbenden deutschen Volk um sich — der Sozialdarwinismus erlebte seine Blüte. Die Ideen zusammengefaßt und zur Grundlage des künftigen Umgehens mit ‚Minderwertigen' gemacht haben 1920 der renommierte Jurist Karl Binding und der geachtete Mediziner Alfred Hoche: In ihren Überlegungen gehen sie davon aus, daß das Spritzen einer tödlichen Überdosis „in Wahrheit eine reine Heilbehandlung ist. (...) Daß es lebende Menschen gibt, deren Tod für sie eine Erlösung und zugleich für die Gesellschaft und den Staat insbesondere eine Befreiung von einer Last ist, deren Tragung nicht den kleinsten Nutzen stiftet, läßt sich in keiner Weise bezweifeln." Für Binding und Hoche sind Schwerkranke bzw. -behinderte lebensunwerte Wesen, die ein Dasein als „leere Menschenhülse" fristen. diese „negative Existenz" zu pflegen, ist für sie „eine furchtbare Widersinnigkeit, ein Mißbrauch der Lebenskraft zu ihrer unwürdigen Zwecken." Binding empfahl, die Tötung durch eine Kommission — zwei Ärzte, ein Jurist — beschließen zu lassen. Jahrzehnte später sollten es Ärzte der NS-Medizin sein, die ihre Verbrechen vor Gericht mit den Darlegungen Bindings und Hoches verteidigten. Nicht hinzugezogen wurden die fortan gängigen Kosten-Nutzen-Analysen, die bei Binding und Hoche nachzulesen sind:

„Es ergibt sich daraus, daß der durchschnittliche Aufwand pro Kopf und Jahr für die Pflege der Idioten bisher 1.500 M. betrug. Wenn wir die Zahl der in Deutschland gleichzeitig vorhandenen, in Anstaltspflege befindlichen Idioten zusammenrechnen, so kommen wir schätzungsweise etwa auf eine Gesamtzahl von 20—30.000. Nehmen wir für den Einzelfall eine durchschnittliche Lebensdauer von 50 Jahren an, so ist leicht zu ermessen, welches ungeheure Kapital in Form von Nahrungsmitteln, Kleidung und Heizung dem Nationalvermögen für einen unproduktiven Zweck entzogen wird."[3]

In der breiten öffentlichen Diskussion der Schrift von Binding und Hoche boten die Kritiker ein desolates Bild: Der Obermedizinalrat Ewald Meltzer etwa stieß auf behindertenfeindliches Denken bei den Eltern. Mit einer Befragung, deren Ergebnisse den Thesen von Binding/Hoche widersprechen sollten, wollte er herausfinden, wie die Eltern zur Beseitigung ihrer ‚idioti-

schen' Kinder stehen. Von den 162 antwortenden Eltern verwahrten sich nur 19 nachdrücklich gegen die mit ‚Lebensabkürzung' umschriebene Tötung...

Die christliche Lehre konnte es nicht unwidersprochen hinnehmen, Gottes Geschöpfen durch Menschenhand ein Ende setzen zu lassen. Und die Bibel schrieb vor: Du sollst nicht töten. Also wandte sich die Kirche gegen die ‚Vernichtung lebensunwerten Lebens' — allerdings ohne zu bemerken, daß ihre Argumente Wasser auf die Mühlen der Befürworter waren:

„Ist denn — um nur von unseren Anstalten zu reden — der Zusammenhang zwischen Idiotie und Sünde nicht deutlich fest? — Wenn's keine Prunksucht gäbe, keine Unzucht, kein Bordell und keine Geschlechtskrankheiten, keinen Überschwang der Lust und keine Versunkenheit ins Laster — dann könnten wir die meisten Anstalten der Inneren Mission schließen."[4]

Diese Argumentationslinie beinhaltet eine Konsequenz, die zur bitteren Realität werden sollte: Die bei den Behinderten beginnenden Zwangsmaßnahmen wie Sterilisation (gegen die sich die Kirchen nicht wehrten!) setzten sich gegen andere ‚Auffällige' fort: Sogenannte Asoziale und Alkoholiker, Prostituierte oder Homosexuelle wurden Opfer, weil sie nicht in das Bild von Sauberkeit und Ordnung passen.

Nur kurz erwähnt sei, daß von den zahlreichen Behindertenorganisationen keine empörten Reaktionen aufzuspüren sind. Sie waren damit beschäftigt, ihre soziale Absicherung zu betreiben — jede Vereinigung für sich, genau darauf achtend, daß die Hierarchie der Krüppel aufrechterhalten wurde. Für die Menschen ganz unten, für die Blöden und Idioten, fühlte sich keine Selbstvertretung zuständig.

Die sozial- und rassehygienischen Ideen bleiben nicht die Gedanken einer kleinen Gruppe von Vordenkern, sondern finden Eingang in den Alltag. Angesichts der Patienten der Alsterdorfer Anstalten fragt der ‚Hamburgischer Correspondent' 1925 seine Leser:

„Sollten wir nicht weiter forschen, in wie viel Fällen tatsächlich sittliche Entartung und Hemmungslosigkeit die Schuld an den armen Geschöpfen trägt und in wie viel Fällen das soziale Elend weiter Volksschichten Verhältnisse vielgestaltiger Auswirkung geschaffen hat, unter denen der Nachwuchs derart leiden mußte?"

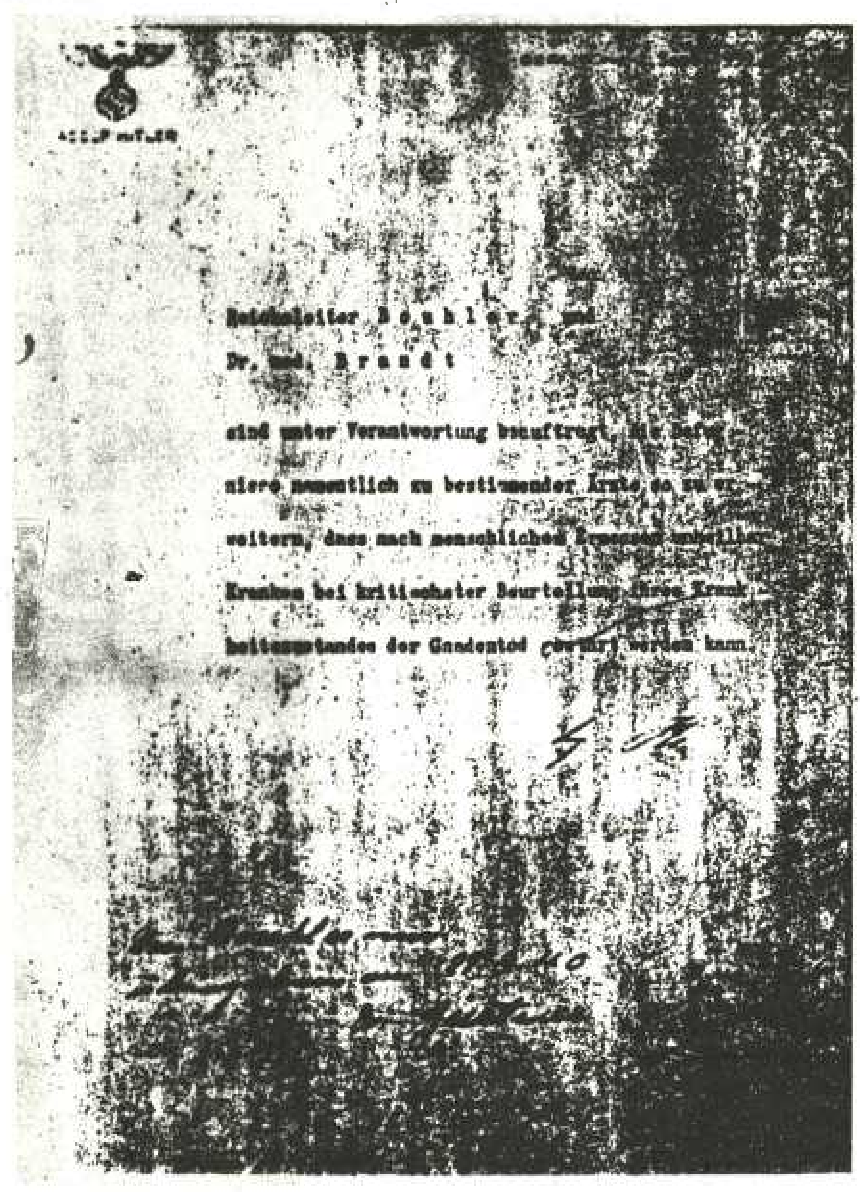
Unübersehbar ist die Überzeugung, daß die Ursachen für Krankheit und Behinderung im unverantwortlichen Verhalten der armen Bevölkerung zu suchen sind, in Umgangsformen, die den herrschenden (Moral-)Vorstellungen nicht entsprechen. Es zeichnet sich ab, daß über das Bild des Geisteskranken in der Öffentlichkeit eine Stimmung geschaffen wird, die auch Maßnahmen gegen die Armen der Städte als Kern des Übels zulassen. Dreizehn Jahre später sind die Denkansätze praktisch realisiert, die Stufen-Asylierung und Zwangssterilisation nahezu abgeschlossen. Vor dem nächsten und endgültigen Schritt — der physischen Vernichtung — steht (noch) das Interesse der Wissenschaft. Auch dies können die Hamburger in ihrer Tageszeitung anläßlich einer Jubiläumsfeier nachlesen:

„Heute hat uns die Erblehre mancherlei Erkenntnisse vermittelt, die die Entstehung von lebensunwerten Leben verhindern. Die Unfruchtbarmachung macht jedoch keinen Geisteskranken gesund und keinen Asozialen sozial. Zu ihrer Unterbringung müssen also Anstalten vorhanden sein, um so mehr, da sie einen weit größeren Schaden anrichten würden, wenn sie nicht durch Anstalten festgehalten würden."

Stolz verweist Alsterdorfs Leiter Pastor Lensch auf die Sammlung von bisher über 2.000 Stammbäumen „erbkranker Sippen", die der Forschung zu Vererbungsfragen dienen. Dadurch sei eine Anstalt wie Bethel oder „Alsterdorf — wenn man weiter nichts gelten lassen würde — auch in unserer Zeit notwendig; denn ihre Erkenntnisse nützen dem Volk und dadurch erhält sie ihre Berechtigung."

‚Hamburger Tageblatt', 19. Okt. 1938)

Nicht einmal zwölf Monate nach diesen Sätzen beginnt mit der planmäßigen Ermordung behinderter Kinder die erste ‚Euthanasie'-Aktion. Der Medizin ging es nunmehr nicht allein um die Belegung ihrer Vererbungstheorien, forciert wurden moderne Heilmethoden für Patienten mit ‚Erfolgsaussichten' — fortschrittliche Ansätze, die ‚hoffnungslosen Fällen' keinen Platz und damit keine Überlebenschancen ließen. Koordiniert wurde die Durchführung des ‚Fortschritts' der Therapie-



Reichsleiter Bouhler und

Dr. med. Brandt

sind unter Verantwortung beauftragt, die Befug-

nisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu er-

weitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar

Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krank-

heitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.

Diese fünf Zeilen von Adolf Hitler sind der einzig auffindbare Befehl für die offizielle Euthanasie-Aktion, die 100.000 geistig und psychisch behinderte Menschen das Leben kostete. (Archivmaterial)

methoden im Berliner ‚Reichsausschuß' — einer Schaltzentrale, die irrtümlicherweise immer nur mit der bürokratischen Abwicklung der ‚Euthanasie'-Aktionen in Verbindung gebracht wird.

Debatte um ein ‚Sterbehilfe-Gesetz' zur Legalisierung der Morde

Der ‚Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden' wurde bereits Ende 1937 ins Leben gerufen. Er sollte zunächst über Streitfragen bei Sterilisationsbeschlüssen, zwangsweisen Abtreibungen oder bei Eheverboten entscheiden. Durch seine zentrale Position liefen die Fäden der begutachtenden medizinischen Größen aus Neurologie oder Psychiatrie, aus der Gynäkologie oder Kinderheilkunde in diesem Büro der ‚Kanzlei des Führers' sehr schnell zusammen. Unter den Experten im ‚Reichsausschuß' war es frühzeitig unumstritten, neben Sterilisation und Asylierung auch die ‚Euthanasie' als Mittel für die Lösung von sozialen ‚Lasten', als Waffe gegen abweichende Minderheiten einzusetzen. Bereits im Frühjahr 1939 wurde daher intensiv über die Probleme der ‚Sterbehilfe' beraten. In dieser frühen Phase zeichnet sich bereits ab, daß der ‚Reichsausschuß' perspektivisch langfristige Planungen zur Beseitigung ‚Lebensunwerter' (d.h. Tötung mit exakter wissenschaftlicher Begleitung und langwierigen Forschungen für moderne Therapieansätze) mit kurzfristigen Aktionen wie der ‚T 4' zur Schaffung von Handlungsspielraum verband.

„Für viele mag es paradox klingen: gerade jene Institution, in der seit 1937/38 die ‚Lösung der Euthanasiefrage' konzeptionell und administrativ vorgebahnt wurde, vertrat ohne Zweifel einen streng wissenschaftlichen Anspruch. Sie wurde von Professoren repräsentiert, die im Sinne medizinisch-wissenschaftlichen Fortschritts eine immer ‚aktivere Therapie' gegenüber den Schwerkranken mit der Vernichtung aller definitiv Unheilbaren verbinden wollten."[5]

Der ‚Reichsausschuß' bekam in seinen Zielsetzungen recht bald Unterstützung von der Justiz. Eine Strafrechtskommission beim Justizminister öffnete am 11. August 1939 mit dem folgenden Entwurf die Möglichkeit, die ärztliche Tötung auf Verlangen für straffrei zu erklären:

„§ 1. Wer an einer unheilbaren, sich oder andere stark belästigenden, oder sicher zum Tode führenden Krankheit leidet, kann auf sein ausdrückliches Verlangen mit Genehmigung eines besonders ermächtigten Arztes Sterbehilfe durch einen Arzt erlangen.

Alsterdorfer Anstalten — Hamburg, den 9. ~~August~~ November 194
(Name der Anstalt)

Von den am 1.8.1940 in der Anstalt befindlichen Geisteskranken sind

1) heilbar (oder praktisch heilbar gleichzusetzen)	
2) durch Therapien besserungsfähig	51
3) unheilbar und doch arbeitsfähig (im Sinne produktiver Arbeitsleistung)	382
4) beschäftigungsfähig im Rahmen der Anstaltsbehandlung	7o1
5) unheilbar und nicht mehr arbeitsfähig (im Sinne von 3)	721
6) Geistig normal aber pflegebedürftig	1o

Leitender Oberarzt
i.V. [Unterschrift]

An die
Gemeindeverwaltung der Hansestadt Hamburg
Gesundheitsverwaltung
H a m b u r g 1
Besenbinderhof 41

§ 2. Das Leben eines Menschen, welcher infolge unheilbarer Geisteskrankheit dauernder Verwahrung bedarf, und der im Leben nicht zu bestehen vermag, kann durch ärztliche Maßnahmen unmerklich schmerzlos für ihn vorzeitig beendet werden."

Durch diesen Entwurf entstand eine Basis, auf der die Tötung von ‚lebensunwerten' Menschen auch ohne bzw. gegen deren Willen sich anbahnen konnte. Äußerst geschickt wurde die individuelle Sterbehilfe mit dem bürokratisch-technischen Massenmord verbunden.

Nach Anlaufen der ‚Kinderaktion' — ‚legitimiert' durch ein von Hitler unterzeichnetes und vom Psychiater de Crinis formuliertes Geheimdokument — stellte sich heraus, daß das Geheimschreiben Hitlers nicht ausreichte, um die Bedenken der tötenden Ärzte um die Legalität ihres Handelns zu zerstreuen. So erarbeiteten die Spitzen aus der ‚Führerkanzlei', dem ‚Reichsausschuß' und den Medizinern Heinze, Heyde und Wentzler einen weiteren Gesetzentwurf. In der Präambel des Entwurfes wurde erklärt, „daß mit und ohne eigenen Willensentschluß die Weiterexistenz von unheilbar Kranken und infolgedessen dauernd arbeitsunfähigen Menschen mit den sittlichen Normen der ‚Volksgemeinschaft' unvereinbar sei."

Das ausformulierte ‚Gesetz über die Sterbehilfe' wurde im Herbst 1940 zwar unter den Spitzenfunktionären der Medizin und Verwaltung breit diskutiert, letztlich aber aus mehreren Gründen doch fallengelassen:

KOSCHEMANN · OTTEN · SCHNIEDEWIND

10. Im Lande Baden, das rund 2400000 Einwohner zählt, waren zu Anfang des Jahres 1934 insgesamt 6400 Pflegebedürftige, 4500 Geisteskranke, 2000 Erbkranke und 1500 Jugendliche in Fürsorgeheimen untergebracht.
a) Wieviel Fürsorgebedürftige kommen durchschnittlich auf 1000 Einwohner?

Rechenaufgaben im neuen Geiste

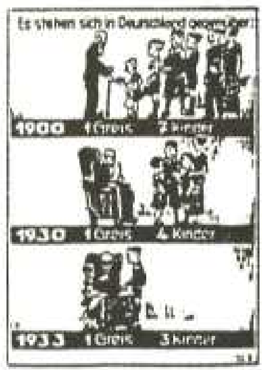
Ein Ergänzungsheft für das Rechnen in allen Schulen

I. Teil
Aufgaben ohne Prozentrechnung

1935
Verlag Moritz Diesterweg · Frankfurt am Main

Inhaltsverzeichnis

b) Von den Geisteskranken sind 868 mindestens 10 Jahre, 260 mindestens 20 Jahre, 112 mindestens 25 Jahre, 54 mindestens 30 Jahre, 32 mindestens 35 Jahre und 8 mindestens 40 Jahre eingeschlossen. Wieviel Reichsmark haben diese Geisteskranken dem badischen Lande mindestens gekostet, wenn man für jeden rund 18 RM täglich ausgeben muß? (1 Jahr = 365 Tage.) c) Wieviel gesunde Familien mit einem Jahreseinkommen von 3000 RM könnten von diesem Betrage 10 Jahre lang leben?



Die Vergreisung des Volkes.

Aus: Volk & Gesundheit. Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus. Begleitbuch zur Tübinger Ausstellung 1982. Tübingen 1982. Seite 108

- Der Bevölkerung war im Sommer 1940 nicht mehr zu verschweigen, welche ‚Euthanasie'-Aktionen im Reich liefen. Die abwehrenden Reaktionen auf diese Anstaltsmorde zeigten der Führungsspitze des NS-Regimes, daß die Stimmung im Volk insgesamt (abgesehen von der Mittelschicht, der Basis der Nationalsozialisten) nicht ausreichte, um die Entscheidung über Leben und Tod in die Hände von wenigen Professoren zu legen.
- Die von der medizinischen Elite ausgearbeitete Form der ‚Sterbehilfe' sah zweijährige Anstaltsbeobachtungen, therapeutische Experimente zur Klärung der ‚Krankheitsursache' sowie den Test neuer Arbeitsmittel (bspw. Elektroschock-Geräte) vor: Getötet werden sollte streng wissenschaftlich. Konsequent durchgeführt wären die ‚Euthanasie'-Aktionen zum Jahrhundertwerk geworden — ein Zeitraum, der von den mit radikalen sozial- und rassehygienischen Ideen durchdrungenen Machtträgern des nationalsozialistischen Staates zuviel Ausdauer verlangt hätte.
- Ab Sommer 1941 übernahmen Wehrmacht und NS-Behörden massiv die Räumung von Einrichtungen für militärische Zwecke. Spätestens mit dieser Entwicklung (nicht zufällig wurde die ‚Aktion T 4' jetzt in die ‚wilde Euthanasie' gewandelt!), war das Konzept der fortschrittsgläubigen Medizin, Freiräume für effektive Therapie zu schaffen, vorerst gescheitert.

• • •

Neuentfachte Debatte um ‚Sterbehilfe'

Schlagzeilen der Massenblätter haben seit Mitte der 70er Jahre die Auseinandersetzung um ‚Sterbehilfe' erneut entfacht: Ein belgisches Gericht sprach Eltern frei, die ihr ohne Arme geborenes Kind töteten; der Journalist Paul Moor fragt sich, ob mongoloide Kinder nicht eine Bürde für die Eltern seien und man sie nicht lieber von ihrem Leben erlösen sollte; die ‚Frankfurter Rundschau' titelt einen Artikel mit dem Ausruf „Gericht verurteilt schwerbehindertes Kind zum Leben", und der ‚stern' fragt in einer Reportage über eine blinde und gelähmte Frau: „Was ist das für ein Leben?" Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

In der aktuellen Debatte um die ‚aktive Sterbehilfe' geht es um die Veränderung des § 216 des StGB, der die Tötung auf Verlangen mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft. Ausgenommen bleibt die sogenannte passive Sterbehilfe — die Inkaufnahme der Lebensverkürzung beispielsweise durch das Einstellen intensiv-therapeutischer Maßnahmen bei aussichtsloser Prognose, gegen die aus ärztlicher, religiöser oder rechtlicher Sicht keine Einwände kommen.

Popularisiert wurde das Thema jüngst durch Prof. Hackethal: Medienwirksam nutzte er das tragische Geschick einer an Gesichtskrebs erkrankten Frau, um gegen die Bestrafung der ‚aktiven Sterbehilfe' ein Signal zu setzen. Für das tötlich endende Rühren seiner Werbetrommel hatte er der Patientin vier Gramm Zyankali zur Verfügung gestellt, die ein Dritter der Frau in der Gewißheit aushändigte, daß sie sich damit töten werde. Julius Hackethal hatte Erfolg, seine Person wurde hofiert. Ausgerechnet DIE GRÜNEN waren es, die ihm ein zusätzliches Forum schufen, indem sie ihn zu einem Hearing nach Bonn luden.

Das Buch des Tages:

Mein Kampf

von **Adolf Hitler**

Was wird Adolf Hitler tun? — fragen heute Millionen hoffender Deutscher! — Diese Frage kann jeder beantworten, der sein Werk und damit sein Wollen und Ziel kennt. Jeder, ob Freund oder Feind, kann jetzt das Werk Hitlers nicht unbeachtet lassen.



2 Ausgaben: 2 Bände kartoniert je RM. 2,85, beide Bände in Ganzleinen gebunden RM. 7,20

Jede deutsche Buchhandlung hat dieses Buch vorrätig!

Verlag Frz. Eher Nachf., München 2 NO

Dort durfte er resümieren, was er sich wünscht: Einen „*Strafparagraphen zum Schutz vor unwürdigem Sterben. Er könnte lauten: ‚Wer durch Handlung oder Unterlassung vorsätzlich oder fahrlässig dazu beiträgt, einem Menschen mit einer schweren körperlichen und/oder seelischen Krankheit gegen seinen erklärten Willen sein Leben zu verlängern, wird mit Gefängnis von ... bis ... bestraft.' Ein solches Gesetz wäre eine für alle Welt beispielhafte Großtat der Menschlichkeit.*"

(Anhörung im Deutschen Bundestag, 15. Mai 1985)

Hackethal arbeitet mit der ‚Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben' (DGHS) zusammen. Deren Präsident Hans-Hennig Atrott kann sich einer breiten Zustimmung seines Wirkens sicher sein — geht doch eine Sektion der Gesellschaft aus einer Initiative hervor, in der sich 1976 in Nürnberg Jungdemokraten, Humanistische Union, Jungsozialisten, Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner u.a. trafen. Ein Indiz dafür, daß alte Argumente (Binding/Hoche: „Einem an Zungenkrebs schwer Leidenden macht ein Arzt oder ein anderer Hilfreicher eine tödliche Morphiuminjektion.") auf der individuellen Ebene genauso bei fortschrittlich denkenden Menschen fassen. Es wäre allerdings zu einfach, die gesamte Problematik mit dem Verweis auf historische Kontinuität abzutun — auch wenn die Argumente der Fürsprecher für eine Ausweitung der gesetzlichen Vorgaben es oft genug selbst heraufbeschwören:

* Ihre Kritik setzt an bei der unmenschlichen Apparate- und Intensivmedizin, die den unausweichlichen Tod nur qualvoll hinauszögert. Zudem bringe die Intensivmedizin nur Menschen hervor, die dann mit Lähmungen, organischen oder geistigen Schäden ihr Leben fristen müssen.

* Angesichts der hohen Kosten im Gesundheitswesen müsse über die Effizienz der Intensivmedizin nachgedacht werden. Bereits vor acht Jahren kostete ein Intensivbett pro Jahr 250.000,— bis 1,2 Millionen DM. Der Christdemokrat Heiner Geißler überlegte 1978 bereits laut: „Kann und soll das Krankenhaus auch in Zukunft über diese unbegrenzten Möglichkeiten verfügen, oder werden die Intensivbetten bald nur noch mit denjenigen Patienten belegt, bei denen eine echte Lebenschance besteht?"[6]

* Durch eine ‚aktive Sterbehilfe' könne den unheilbar Kranken — vor allem Krebspatienten — unerträgliche Schmerzen erspart werden. Der Journalist Paul Moor beschrieb die Situation seiner an Darmkrebs leidenden Schwester drastisch:

Bisher bekannte ‚Euthanasie'-Aktionen im ‚Dritten Reich'

* Am 18. August 1939 wurde für die ‚Kinderaktion' die Meldepflicht für mißgestaltete Neugeborene eingeführt. Hebammen, Haus-, Kinder- und Amtsärzte füllten Meldebögen aus und schickten sie zum ‚Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden' in die Berliner ‚Kanzlei des Führers'. Nach dem Vorbild der Tötung des Kindes der Familie Knauer sollten alle ‚lebensunwerten' Neugeborenen und Kleinkinder — das Alter wurde von zunächst drei auf sechszehn Jahre ausgedehnt — früherfaßt und mit bürokratischen sowie wissenschaftlichen Verfahren umgebracht werden. Die Unterlagen der auffälligen Kinder wurden drei Gutachtern des ‚Reichsausschusses' vorgelegt, die über ihr weiteres Schicksal entschieden. Die Kinder wurden zur weiteren Beobachtung oder zur Tötung in sog. Kinderfachabteilungen überwiesen, von denen reichsweit 30 existierten. Etwa 6.000 Kinder wurden so selektiert.
* Der Erwachsenen-Vernichtung durch Gas in den Jahren 1940/41 in den Tötungsanstalten Brandenburg, Grafeneck bei Reutlingen, Bernburg (Havel), Sonnenstein bei Pirna, Hartheim bei Linz und später in Hadamar fielen nach den Angaben der NS-Buchhalter 70.273 Menschen zum Opfer. Dieser Massenmord lief unter der Bezeichnung ‚Aktion T 4'.
* Die ‚Aktion 14 f 13' diente nach dem Ende der ‚T 4' und vor dem Beginn der ‚Endlösung' im Frühjahr 1942 der Aussonderung und Tötung kranker KZ-Häftlinge.
* Weitgehend unbekannt sind bis heute die Ermordungen bspw. in Hadamar von unerwünschten ‚Mischlingskindern' aus ‚rassischer Indikation'. Überwiegend ‚Judenmischlinge' aus Fürsorgeeinrichtungen wurden Opfer dieser Maßnahme.
* Die ‚Wilde Euthanasie' von Anstaltsinsassen (nach Stop der Vergasung) durch Hungernlassen, Medikamentenvergiftungen oder ‚Vernichtung durch Arbeit' dauerte bis nach Kriegsende — etwa in Kaufbeuren — an. Gerade für diesen Bereich gelten neueste Forschungsergebnisse, die belegen, daß weit mehr Menschen zum Opfer der ‚Euthanasie' wurden, als bisher angenommen; bei der ‚wilden Euthanasie' etwa weit mehr als in der ersten Phase der ‚Aktion T 4'.
* Im sogenannten Generalgouvernement (Polen und besetzte Teile der Sowjetunion) und den annektierten Ostgebieten wurden 1939/40 alle geisteskranken Kinder und Erwachsenen aus Anstalten ums Leben gebracht. Die Entscheidung lag beim örtlich zuständigen Arzt. Außerdem ermordeten ‚Einsatztruppen' Geistes- und Tbc-Kranke, worüber die Berichte dieser Einheiten regelmäßig Details vermerkten.
* Noch im Dunkeln liegt die Geschichte der ‚Aktion Brandt'. Seit 1942 liefen anscheinend mehrere Vernichtungsaktionen gegen ‚rassisch Unerwünschte', ‚Asoziale' und ‚geistes- und tuberkulosekranke Ostarbeiter'. Ziel waren Frauen und Männer aus Fürsorgeheimen, Jugend-KZs, Siechenheimen und Ostarbeiter-Lagern. Als Sammelstellen fungierten die Heil- und Pflegeanstalten der ‚T4' und ‚Kinderaktion'. Gleichzeitig wurden in einem bisher ungeklärten Umfang Säuglinge von ausländischen Zwangsarbeiterinnen in ‚Entbindungs- und Säuglingslagern für Fremdarbeiterinnen' getötet.
* Neu und lückenhaft sind Erkenntnisse über ‚Euthanasie' im Rahmen der NS-Katastrophenmedizin. Ab Sommer 1943 werden nach Luftangriffen ‚Panikpersonen' — Menschen, die sich in den Feuerstürmen nicht zurechtfanden und die Fassung verloren — in den Tod deportiert; Bewohner von Altenheimen geraten ebenso in die Tötungseinrichtungen wie Krankenhauspatienten, die jetzt als hoffnungslose Fälle gelten (angesichts der nachströmenden ‚Leichtverletzten').

(Vgl. dazu Erfassung zur Vernichtung. — Hrsg. K. H. Roth. — Berlin 1984; G. Aly: Euthanasie im Luftkrieg. in: ‚antifa-magazin' Sept. 1984)

„*Hätten die Menschen tagelang herumgestanden und zugesehen, wie ein Hund, eine Katze oder eine andere Kreatur auf diese Weise litt, ohne ihre Pein durch einen Gnadenstoß zu beenden, wären zweifellos zornentbrannte Tierfreunde eingeschritten, um sie strafrechtlich belangen zu lassen.*"[7]

* Schließlich — so argumentiert die DGHS — bedeute die Legalisierung der Sterbehilfe eine Erweiterung des Selbstbestimmungsrechts des Individuums. Dieser Aspekt sei der Tötung aus Liebe und ‚Mitleid' noch voranzustellen.



Zu Krüppeln geschossene ehemalige Frontsoldaten demonstrierten 1918 in Berlin. Sie wollten eine kostenlose Behandlung ihrer Verwundungen und die Zahlung einer Kriegsbeschädigtenrente erreichen.

Bedrohliche Kehrseiten der Kampagne

Das Allensbacher Institut fragte 1972/73 im Rahmen einer Umfrage zur Sterbehilfe, ob es nicht besser sei, Menschen mit schweren geistigen Schäden ein Medikament zu geben, sodaß sie nicht mehr aufwachten. 38 % sprachen sich positiv für die Tötung aus, darunter immerhin auch 25 % überzeugte Kirchgänger beider Konfessionen.[8]

Behindertenfeindliches Denken in der Bevölkerung beflügelt die Aktivitäten der DGHS; in der Gründungsbroschüre ihrer Nürnberger Initiative liest sich ein Brief so: „Als vor rund 20 Jahren die Contergan-Kinder geboren wurden, war ich fest entschlossen, sollte meiner Familie Gleiches widerfahren, das Kind sofort zu töten".[9] Ich selbst erhielt kürzlich böse Zuschriften, weil ich mich für das Fortpflanzungsrecht auffälliger Menschen öffentlich eingesetzt habe. Ein Auszug: „Unser Sohn ist normal intelligent, unser Neffe ist geistig behindert, was hat diese Familie schon für Sorgen gehabt, im Gegenteil zu uns. Wäre dieses Kind schon früh gestorben, wäre allen geholfen!!" Es verwundert nicht, daß manche Ärzte solche Gedanken aufnehmen und klammheimlich geduldet in Form von frühkindlicher Euthanasie in die Tat umsetzen.[10]

In den USA wird bereits darüber gegrübelt, ob eine Altersbegrenzung für eine intensivmedizinische Behandlung nicht notwendig sei, um die Kosten im Gesundheitswesen zu senken. Allerdings ist man noch unschlüssig, wo die Grenze zu ziehen sei — beim 60- oder beim 70jährigen? Hierzulande tragen ökonomisch orientierte Planungen Früchte. Ernsthaft sind Selektionskriterien nach der Formel ‚Behandlungskosten pro Tag mal Behandlungsdauer in Tagen im Verhältnis zur Überlebensrate mal Lebenserwartung in Jahren' im Gespräch.[11]

Das heißt nichts anderes, als daß es günstiger sei, eine akute Pilzvergiftung einer jungen Patientin zu behandeln als die aufwendige Operation wiederkehrender Tumore bei Menschen im hohen Alter. Mit solchen Denkansätzen wird bereits über den Wert und Unwert eines Patienten verhandelt, dem Zweifel am Sinn und Zweck der Behandlung behinderter, alter oder kranker Menschen sind die Türen geöffnet. Diese stets häufiger geäußerten Bedenken gegen medizinische Maßnahmen steigert andererseits den Druck auf hilfeabhängige Personen. Es liegt nahe, daß diese Leute sich nur noch als Last für Familie und Staatshaushalt sehen und sich dieser bedrückenden Situation ‚freiwillig' entziehen wollen.

Nach Ansicht von Ärzten und Seelsorgern, die häufig auf Intensivstationen mit Schwerkranken konfrontiert sind, ist der Wunsch nach Sterbehilfe im Grunde der Ruf nach einer besseren Pflege. Das moderne Krankenhaus hat für menschliches Umgehen keinen Platz — Humanität ist verlorengegangen in Planungs- und Pflegesatzverhandlungen, in Erlassen und Anordnungen; versteckt hinter den bürokratischen Vokabeln vom Sozialhilfeempfänger und Behandlungsfall steht der Patient oft genug mit sich allein. Beobachtet worden ist auch, daß trotz der trostlosen Umstände der Lebenswille in der letzten Phase des Daseins erwacht bzw. wächst. Aus diesem Grund läßt man Patientenverfügungen auch nur begrenzte Bedeutung zukommen.

Zur durchaus verständlichen Angst der Menschen vor Schmerzen nehmen die Kritiker der ‚aktiven Sterbehilfe' eine feste Position ein. Sie verweisen auf die Möglichkeiten heutiger Schmerztherapien:

„Wenn man nicht darüber informiert ist, wie man diese Sterbenden schmerzfrei und bei vollem Bewußtsein halten kann, und wenn man zweitens zudem noch eigene Probleme hat wie Mitleid und Selber-leiden müssen beim Begleiten Sterbender, dann ist man natürlich sehr oft bereit, diesem Lebenden und zugleich Sterbenden das Leben zu verkürzen, um sie von ihrem Leiden zu befreien."[12]

Die hier anklingende Tötung aus Mitleid ist ein Einwand, mit dem die Angehörigen oder Pfleger/innen sich seit Beginn der Idee von der ‚Lebensverkürzung' verteidigen. Eine Schwester aus der Tötungsanstalt Meseritz-Obrawalde gibt über die unzähligen Opfer, die sie 1942—45 durch Morphium ermordet hat, zu Protokoll: „Als langjährige Pflegerin in Heilanstalten sah ich es in gewisser Hinsicht aber wirklich als Erlösung an, wenn schwerstkranke Patienten durch Herbeiführung des Todes von ihrem Leiden erlöst wurden." Eine andere Pflegerin ergänzt: „Bei dem Eingeben des aufgelösten Mittels ging ich mit großem Mitgefühl vor. Ich hatte den Patientinnen vorher erzählt, daß sie nur eine kleine Kur mitzumachen hätten (...) Beim Eingeben nahm ich sie liebevoll in die Arme und streichelte sie dabei."[13]

Ein Unrechtsbewußtsein ist nicht vorhanden oder es wird vom Mitleid überdeckt. Gerichtsurteile der letzten Jahre zielen in diese Richtung:

— Eine Mutter aus Oldenburg erstickte ihr schwerbehindertes Kind. Nach Überzeugung des Gerichts hat sich die 24-jährige Frau zwar des Totschlags schuldig gemacht, der Fall müsse jedoch als schwere menschliche Tragödie bewertet werden, die sich der Verurteilung entziehe. (‚Hamburger Abendblatt', 14.12. 1983).

— Ein Mann erschießt seine schwerkranke Frau. Die Richter setzen die Strafe auf Bewährung aus, weil es ein „Akt der Barmherzigkeit" gewesen sei. (‚Hamburger Abendblatt', 5.2.1982)

Kommentar

Wiederholungen

Es stimmt nachdenklich, wenn selbst Sprecher aus dem konservativen Lager nicht nur aus christlicher Überzeugung davor warnen, die Entscheidung über Leben und Tod dem ärztlichen Gewissen zu überlassen: ‚Aktive Sterbehilfe' ist nicht loslösbar von den Kosten-Nutzen-Überlegungen im Krankenhaus; kaum aufgearbeitet sind die verdeckten Tötungsmotive der NS-Medizin; gänzlich unbewertet sind die Nachkriegskarrieren ärztlicher Größen, die dem wissenschaftlich-therapeutischen Forschungseifer an Euthanasie-Opfern zu verdanken sind.

Wenn derzeit laut über den Wert einer Existenz nachgedacht wird, bedroht es zunächst die Personen und Gruppen, die ohnehin gesellschaftliche Aussonderung erfahren. Hier einen wirksamen Schutz zu bieten, ist die vorrangige Aufgabe des Gesetzgebers. Individuelle Rechte müssen da zurückstehen.

Die Verantwortung staatlichen Händen zu übergeben, reicht allerdings nicht: Fast niemand ist bereit, sich mit dem Sterben zu befassen, dem Sterbenden einen würdigen Tod zu ermöglichen. Solange das so bleibt, steht der Abkehr von Alter, Behinderung oder Krankheit mit allen fatalen Konsequenzen nichts im Wege.

Udo Sierck

Quellen und Literaturhinweise:

1 vgl. Karl Heinz Roth: Filmpropaganda für die Vernichtung der Geisteskranken und Behinderten im ‚Dritten Reich'. In: Reform und Gewissen. ‚Euthanasie' im Dienst des Fortschritts. — Berlin, Rotbuch 1985; Bd. 2

2 M. Wunder/U. Sierck: Sie nennen es Fürsorge. — Berlin, Verl. Gesundheit 1982; S. 34

3 H. Bindig/A. Hoche: Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens — Ihr Maß und ihre Form, Leipzig 1920; S. 18 ff

4 E. Klee: ‚Euthanasie' im NS-Staat. — Frankf., Fischer 1983; S. 28

5 Zitate zu diesem Abschnitt aus dem Aufsatz von K. H. Roth/Götz Aly: Das ‚Gesetz über die Sterbehilfe bei unheilbar Kranken'. In: Erfassung zur Vernichtung. hrsg. v. K. H. Roth. — Berlin, Verl. Gesundheit 1984; S. 101 ff

6 Zitiert aus dem grundlegenden Aufsatz von Angelika Ebbinghaus: Sterbehilfe — Tötung auf wessen Verlangen? In: Mitteilungen 7/8, 1985; Verein zur Erforschung d. nationalsozialist. Gesundheits- u. Sozialpolitik, Hamburg

7 Paul Moor: Die Freiheit zum Tode. — Rowohlt, Reinbek 1973; S. 271

8 Ebbinghaus, a.a.O., S. 9

9 Götz Aly: Medizin gegen Unbrauchbare; S. 9, in: Aussonderung und Tod. — Berlin, Rotbuch 1985; Bd. 1

10 Vergleiche die Prozeßberichte um den Arzt Willi Appel im Jan./Febr. 1982

11 H. W. Opderbecke: Grenzen der Intensivmedizin. in: Medizinrecht, 3 (1985), S. 58

12 zitiert bei Ebbinghaus, a.a.O., S. 15

13 Geschichte der Krankenpflege. — hrsg. v. Gesundheitsladen Berlin 1984, S. 41 ff

14 zit. bei Ebbinghaus, a.a.O., S. 17

Unberücksichtigt bleibt bei den Forderungen nach der erlaubten ‚aktiven Sterbehilfe' nicht nur die zur Tat verleitenden sozialen Umstände, das verzweifelte Gefühl des Allein-gelassen-seins und der Ratlosigkeit. Unbenannt bleibt die Frage, ob Mitleid nicht einfach nur zudeckt, daß viele die Angst vor Krankheit und Behinderung, vor Alter und Tod nicht aushalten können. Anders sind Meldungen wie die folgende allerdings kaum zu erklären: Eine 27-jährige Krankenschwester aus Wuppertal hat gestanden, sechs über siebzig Jahre alte Patientinnen mit Spritzen eines hochwirksamen Kreislaufmittels getötet zu haben, um ihnen, wie sie sagte, Leiden zu ersparen (‚Südd. Zeitung', 15.3.1986).

Aus dem 1920 geforderten Recht auf den Tod wurde sehr schnell der Zwang zum Sterben. In die gleiche Kerbe hieb 1984 ein US-amerikanischer Senator.[14]

In aller Öffentlichkeit erklärte er, daß unheilbar kranke ältere Menschen die Pflicht haben zu sterben, um so den Weg frei zu machen für die Nachfolgenden.

Udo Sierck





16. Juni 1976

Ferienfreizeiten

Der „Verein zur sozialen Integration sozial Benachteiligter" e.V.: Falkenburger Mühle 1, 6741 Wilgartswiesen, Tel.: 06392/825, veranstaltet Sommerfreizeiten und bietet seine Häuser in Wilgartswiesen an.

Für die Zeit vom 29.6. bis 12.7. sind noch Plätze frei. Der Aufenthalt kostet im

Einzelzimmer:	550,— DM
Doppelzimmer:	440,— DM
Dreibettzimmer:	395,— DM

Es werden neben einfacher Pflege (An- und Ausziehhilfen, Waschen, Ehilfen u.a.) Freizeitaktivitäten angeboten.

Interessenten können sich vorab (auch unverbindlich) anmelden und mit den Veranstaltern Freizeitprogramme verabreden.

Das ganze Unternehmen (Ferienzentrum für Behinderte, Bildungseinrichtung mit Tagungshaus) ist eine Einrichtung des Diakonischen Werkes.

Kontaktanschrift in Wilgartswiesen beim ISB ist Dorothea Nargang, Sozialarbeiterin.

Die Teilnahme ist auf 10 Personen beschränkt. Es erscheint darum ratsam, sich umgehend anzumelden, da der Törn sehr schnell ausgebucht ist.

Die Zonnetij ist ein angepaßtes Zweirumpfboot, deren Kajüte mit Pantry (Bordküche) und rollstuhlgerechter Toilette ausgestattet ist. Bedingt durch die Bauart (zwei verbundene Bootskörper) hat die Zonnetij auch bei mehreren Windstärken eine äußerst stabile Lage, d.h. kaum Seitenneigung. Mit der Zonnetij werden von Gaastmeer/Friesland aus Tagesfahrten auf den Friesischen Meeren und dem Ijsselmeer unternommen. Übernachtet wird in zwei Bungalows im Bungalowpark Liuwedam 3—4, 8611 JJ Gaastmeer p. Sneek, Tel.: 0031—5154—9607. Die Häuschen haben Schlafkammern für zwei und vier Personen, befahrbare Duschen und Toiletten und Küche. Die Gruppe versorgt sich selbst.

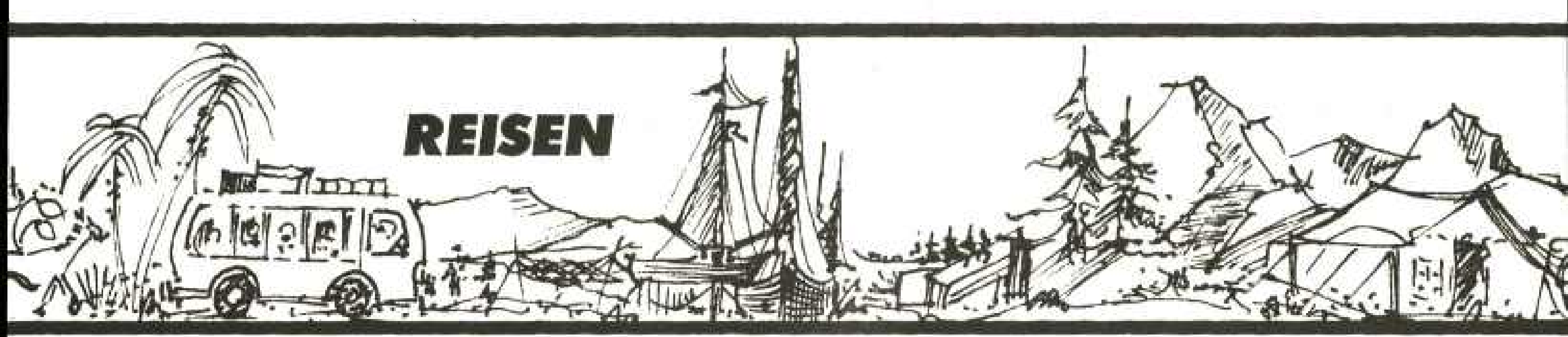
Mit besonderer Eindringlichkeit möchte ich noch auf das Unfallrisiko hinweisen. Jeder Teilnehmer ist für sich und seine Sicherheit selbst verantwortlich.

Die BAG Clubs Behinderte und ihrer Freunde in Mainz hat von Wolfgang Schummer ein interessantes Angebot bekommen: Er würde mit einem Unimog mit etwa 6 Plätzen (und 2 Reisebegleitern) gerne Abenteuerreisen mit Behinderten durch die Sahara veranstalten.

Um das Fahrzeug mit einer Hebebühne für Rollstuhlfahrer zu versehen, müßte er aber wissen, ob sich genügend Interessenten für solche Reisen mit den Stützpunkten Niger, Benin, Togo, Mali, Obervolta, Hoggar und El Qued interessieren. Preise zwischen 3.000 und 4.000 DM. Abenteuerlustige melden sich bitte bei der BAGC, Eupener Str. 5, 6500 Mainz, oder direkt bei Wolfgang Schummer, Eiderstr. 24, 3300 Braunschweig.

• • •

Wer einen Urlaub in England, Schottland, Wales oder Irland machen will und dabei besonderen Wert auf eine schnelle An- und Abreise legt, sollte in Erwägung ziehen, die Nordsee per HOVERSPEED zu



Die ersten zarten Versuche, Urlaub für und mit Behinderten zu gestalten unternimmt das Deutsch-portugiesische Hilfswerk e.V., Lister Damm 4, 3000 Hannover (Tel.: 051 49—671). Wer Lust hat, Ferien in Portugal zu machen, und nicht alles schon perfekt vorbereitet haben muß, spreche mit Gerhard Dittrichs, dem Vorsitzenden des Hilfswerkes.

• • •

Segelfreizeiten für Behinderte und Nichtbehinderte bietet Thomas Streblow, Schnadeweg 28, 5860 Iserlohn an (Tel.: 0231—262 07).

Der nächste Törn ist für die Zeit vom 4.10. bis 10.10.86 angesagt. Die Anmeldegebühr umfaßt Charterkosten, Hausmiete und den Betrag von 250,— DM.

Hinzu kommen noch die Kosten für Verpflegung und Fahrt. Diese Kosten sind verbrauchsabhängig und werden von den Teilnehmern nach Ende der Fahrt erhoben. Nach den bisherigen Erfahrungen liegt der Preis zwischen 130,— und 180,— DM.

Die kostenlose Beförderung von **Begleitpersonen** schwerbehinderter Fahr- und Fluggäste ist in der Bundesrepublik Deutschland bei der Bundesbahn, bei Binnenschiffsfahrtslinien, bei der Lufthansa und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln inzwischen wohl Selbstverständlichkeit.

Diese Selbstverständlichkeit hört an den Grenzen zu den meisten europäischen Nachbarstaaten auf. Lediglich die Begleiter „blinder Passagiere" sind hier ausgenommen, sie reisen jetzt „frachtfrei". Alle anderen müssen blechen!

Trotz eifriger Bemühungen der Deutschen Bundesbahn waren deren Verhandlungspartner aus den EG-Ländern, aber auch aus Österreich und der Schweiz **nicht** bereit, auch die anderen Gruppen schwerbehinderter Menschen in diese unerläßliche Reiseerleichterung einzubeziehen — es sei denn, die jeweilige Regierung dieser Länder würde einen finanziellen Ausgleich übernehmen. Dazu sind diese nicht bereit. Ab der Grenze, sei's unter oder über den Wolken, heißt es also: zahlen.

überqueren. Für Freunde gemütlicher Seereisen ist ein solches LUFTKISSENBOOT natürlich nichts, dafür gibt es aber keine Seekrankheit. Die Konditionen:

1. Reservierung mindestens 72 Stunden vor Abflug;
2. Rollstuhlbenutzer und andere schwerbehinderte Personen sollten von einer Person begleitet werden;
3. Pro Überflug können nur **zwei** Rollstuhlfahrer transportiert werden; Hilfestellung durch das Kabinenpersonal ist gewährleistet;
4. Für schwerbehinderte England„flieger", die auf einer Liege transportiert werden müssen, gilt ebenfalls: maximal **zwei** Personen pro Flug; Rollstuhlfahrer können dann nicht transportiert werden, sondern müssen den nächsten Flug abwarten;
   Der Kapitän (eigentlich müßte der sich doch „Pilot" nennen, oder?) — dieser Mensch also muß sich in solchen Fällen die alleinige Entscheidung vorbehalten;

5. Bei behinderten Personen, die nicht auf den Rollstuhl angewiesen sind und in normalen Kabinensesseln hinüberschwirren können, sind pro Überflug nicht mehr als 20 Personen zugelassen. Sicherheitsgründe beschränken hier die Gruppengröße;

Auf den HOVER-CRAFTS, den Luftkissenbooten gibt es keine rollstuhlgerechten Toiletten — dafür stehen sie auf den HOVER-PORTS, den Häfen auf beiden Seiten des Kanals zur Verfügung, das gilt auch für die angrenzenden Duty free Shops, die Cafeterias usw.. Bei der Kürze der „Flugzeiten" ist diese Regelung für viele wohl noch akzeptierbar. Für alle Fragen: Deutsche Vertretung der HOVER SPEED, Oststraße 122, 4000 Düsseldorf, Tel.: 0221—361 30 21 oder direkt bei HOVER SPEED LTD: 1 Aldwych, GB London WCR OHF.

• • •

Die Initiativgruppe Behinderter und Nichtbehinderter in Dortmund e.V. führt verschiedene Ferienreisen durch und bietet Urlaub auf dem Bauernhof an: Telefon 0231—10 16 59, montags bis freitags ab 17.00 Uhr.

• • •

Besonders umfangreich und informativ ist die 1986-Ausgabe des ADAC-CAMPING-FÜHRERS. 2 Bände: Nord-, Mitteleuropa, Deutschland und Südeuropa, 6207 Campingplätze in 29 Staaten, 250 neue Plätze.

689 Plätze — also etwa jeder 9. Campingplatz — kann inzwischen eine behindertengerechte Toilette als Mindestausstattung für Rollstuhlfahrer aufweisen. Bei vielen Plätzen sind noch weitere Vorkehrungen für Rollstuhlbenutzende eingerichtet worden: besondere Waschkabinen, stufenloser Zugang zu den Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen, zu den Restaurants und den Freizeitangeboten. Kutschfahrten und Bootsstege, auch das gibt's für Rollstuhlfahrende. Preis pro Band 19,80 DM.

Gruppenreisen nach Israel

GIL-TRAVEL-Reise-Informationsbüro GmbH
Bundesrepublik Deutschland
Elisenstraße 4—10
5000 Köln 1 (Tel.: 0221—23 17 47)

GIL-TRAVEL ist ein israelisches Reisebüro mit Vertretungen und Büros in vielen Ländern der Welt, das seit mehr als 10 Jahren Reisen durch Israel für Gruppen und Einzelreisende organisiert.

Die Reisen nach Israel sind auf die Belange behinderter Reisender abgestimmt.

Die Preise richten sich nach der Gruppengröße, geboten werden Aufenthalte in Tel Aviv, Jerusalem, Massade, Qumram, Jericho, Nes Amim, See Genezareth, Kaparnaum, Caesarea, Haifa, Akkon, Nazareth.

Reisen also für Bibelkenner und solche, die es vielleicht noch werden wollen. Mindestgruppengröße: 15 Personen.

Die Preise bewegen sich zwischen 2.200,— und 2.700,— DM ab Flughafen München, Transport im Lande mit rollstuhlgerechten Bussen, die Unterkünfte sind ebenfalls rollstuhlgerecht (Kibbuz).

Über die diversen Zu- und Abschläge und Freiplätze erkundigt Ihr Euch am besten selbst beim Veranstalter; Ansprechpartner dort ist Karin Mann.

Gelebte Partnerschaft

Die CeBeef-Idee: sie meint vor allem aktive Partnerschaft behinderter und nichtbehinderter Menschen. Sie wird nicht nur in den Clubs seit Jahren geübt und verwirklicht — für eine Reihe von Clubfreunden ist aktive Partnerschaft in Ehe und Familie mit Kindern zur Lebensrealität geworden.

„Alte" Clubhasen, die sich in unseren Gruppen kennen und lieben lernten, seit langem ein Paar sind, von denen einer behindert ist und die eigene Kinder haben, laden jetzt Eltern mit behinderten Kindern zur gemeinsamen Familienfreizeit ein.

Die soll keineswegs zum „Elternseminar" üblicher Prägung werden; das Angebot heißt Urlaub, Rast von Hektik und Streß, kreative Betätigung, eben eine offene Atmosphäre, in der wir uns auch frei über Fragen und Sorgen austauschen können, die einige von uns vielleicht schon seit Jahren mit sich herumtragen.

Wir wollen gemeinsam erfahren und anderen mitteilen, was wir als Familien, zu denen behinderte Mitglieder gehören, erleben. Verstehen wir uns als ‚behinderte' Familien oder eher als ganz ‚normale', in denen es einmal kracht und einmal harmonisch zugeht?

Wir wollen nicht die Schwierigkeiten behinderter Eltern unter den Tisch kehren; sicher hatten und haben sie mit tief verwurzelten Vorurteilen es „gut" ineinander anderer, vielleicht der eigenen Eltern, Lehrer, Ärzte... zu kämpfen, die ihnen weder eine echte Partnerschaft, noch ein erfülltes Sexualleben, geschweige denn die Verantwortung für eigene Kinder zutrau(t)en.

Was erleben behinderte Ehepartner gemeinsam mit dem nichtbehinderten in der Beziehung zu ihren Kindern? Es mag die Gewißheit sein, nicht trotz der Behinderung, sondern vorbehaltlos als Mutter oder Vater geliebt zu werden, die oder der den Kindern hilft, erwachsen zu werden, selbst eine freudige Sehnsucht nach dem Leben zu entwickeln. Sicher spielen sich hier keine vordergründigen Idyllen ab; behinderte Eltern haben nicht weniger Sor-



gen um ihre Kinder als andere. Sie wissen aber vielleicht aus Erfahrung, daß die Behinderung, trotz vielfältiger Belastungen, keine Barriere im Miteinander sein muß, sondern Chancen zum besonders offenen, ehrlichen, ja von seiten der Kinder liebevoll schonungslosen Umgang eröffnet, in dem gegenseitiges Geben und Nehmen besonders unmittelbar erlebt werden.

Auf unserer Freizeit wollen Eltern, von denen einer behindert ist, ihre Lebenserfahrung denjenigen von uns weitergeben, die behinderte Kinder haben. Sie können sich gewiß häufig nicht vorstellen, daß ihre behinderten Töchter und Söhne einst auch die Chance haben werden, einen Partner zu finden, eine dauerhafte Beziehung aufzubauen, sich trotz Behinderung sogar für eigene Kinder entscheiden könnten.

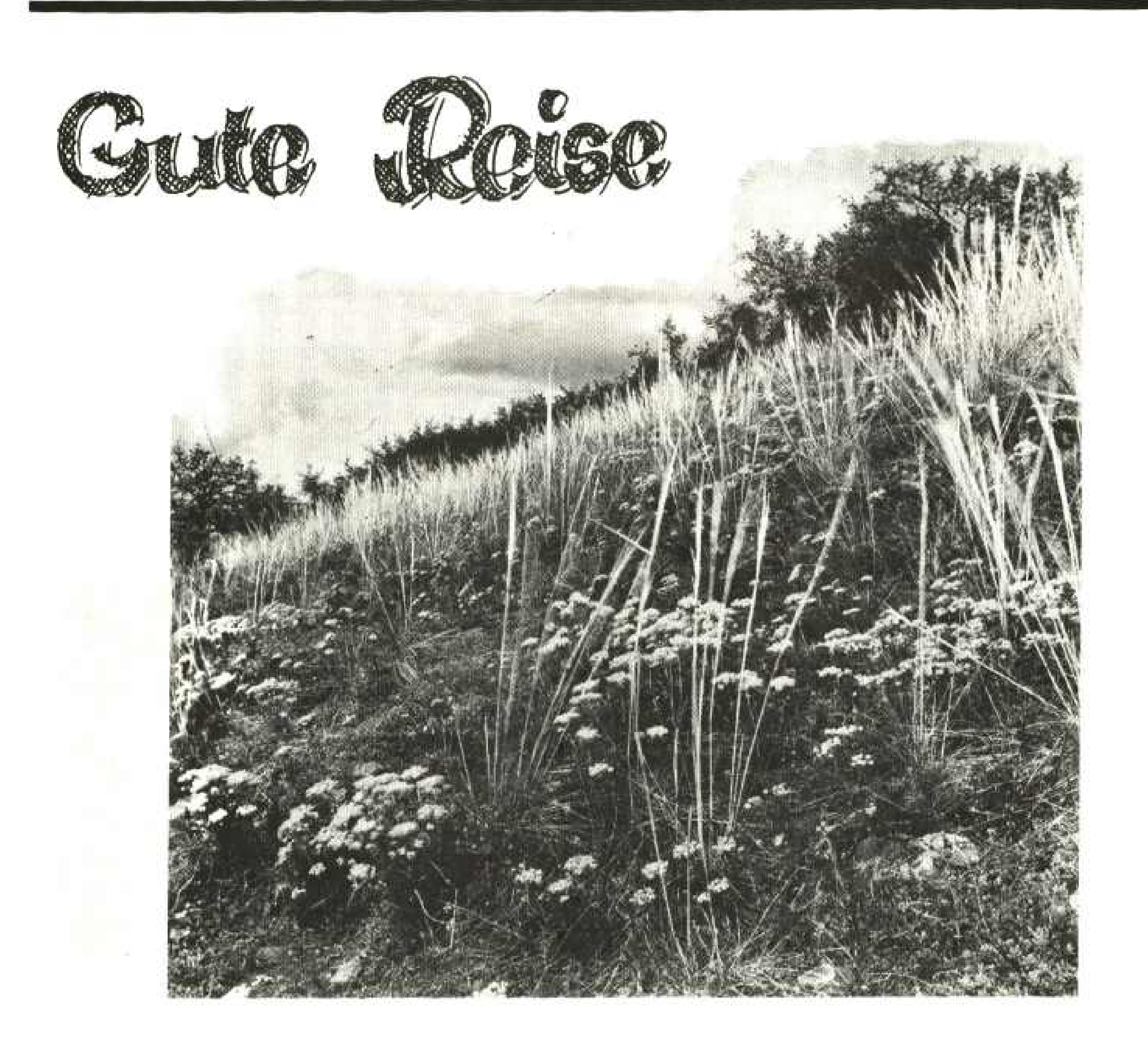
Wir werden erfahren: Es gibt vorgelebte, beispielhafte Wege, die diejenigen zu zuversichtlichen Lebensperspektiven ermutigen können, die als Eltern mit ihren behinderten Kindern noch am Anfang des Weges stehen.

Für unsere Familienfreizeit haben wir die Ferienstätte ‚Auf dem Uhu' (Hessen, bei Bad Nauheim) gewählt, die gute Voraussetzungen für ein ungezwungenes Miteinander und viele Erlebnismöglichkeiten bietet. Alle, die Lust haben, können unter freiem Himmel zelten oder erst einmal ausprobieren, ob das geht und Spaß macht. Bei schlechtem Wetter und für alle, denen ein Zelt nicht zusagt, stehen Zimmer im Haus zur Verfügung. Wir können in Hobbyräumen werkeln, in gemütlichen Ecken diskutieren, in einer schönen Waldgegend Spaziergänge und -fahrten unternehmen, das Flair eines traditionellen Kurortes genießen, gemeinsam spielen, schwimmen, Grill-Feten machen und vieles andere mehr.

Das Bundesland Hessen wirbt mit dem Slogan: „Die Urlaubsidee, von der sie gar nicht weit entfernt sind!" — möge dieser Satz auch für interessierte Familienmitglieder oder die, die es werden wollen, gelten, für die, die den Schritt zum Miteinander in einer ganz gemischten Gruppe wagen möchten.

TERMIN: 28.7.—10.8.1986
Ort: Ferienstätte ‚Auf dem Uhu', Ober Mörlen/Langenhain (Hessen)
Kosten: ca. 250 DM
Leitung: Behinderte und nichtbehinderte Mütter und Väter

Veranstalter:
BAG Clubs Behinderter und ihrer Freunde e.V.
Eupener Str. 5
6500 Mainz
Tel. 061 31 / 22 55 14



Zwei Beiträge in der 4. Ausgabe der Luftpumpe 1985 veranlassen mich zum Schreiben dieses Leserbriefes. Besagte Ausgabe der ‚Zeitung zur Emanzipation Behinderter und Nichtbehinderter' steht bezeichnenderweise unter dem Motto ‚Solidarität statt Mitleid' (Titel). Vor dem Hintergrund habe ich mich gefragt, ob die beiden Artikel, um die es hier geht, als Gegendarstellung aufzufassen sind. Ich möchte mit dem Schlimmeren beginnen: Herrn Radehoses Beitrag ‚Die Auswirkungen der Taubheit im alltäglichen Leben'.

Unstrittig haben Hörgeschädigte und Gehörlose in dieser stark audiovisuell geprägten Welt mit zahllosen Schwierigkeiten im täglichen Leben zu kämpfen. Verschärft wird ihre Situation ohne Zweifel dadurch, daß die anderen Leute die Behinderung zunächst nicht erkennen, was Verwirrung und Unsicherheit schafft. Und weiter dadurch, daß der Hör- und häufig auch Sprachbehinderte sich dem anderen nur schwer erklären kann. Insofern ist es wichtig und notwendig, sich einmal mit dieser besonderen Problematik Hörbehinderter auseinanderzusetzen. Davon war meines Erachtens in besagtem Artikel nicht viel zu lesen. Stattdessen verlegt der Autor sich auf eine weinerlich-mitleidige Darstellung der Probleme des fiktiven Herrn Rein im Stile von „keiner mag mich, keiner will mich, keiner versteht mich; allen anderen geht es gut, nur mir nicht". Sind das *die spezifischen Probleme Hörgeschädigter? Denken ‚die' echten — nicht nur fiktiven (d.h. von Nichtbehinderten ausgedachten) Behinderten so?*

Die Beschreibungen des Autors gipfeln in der Darstellung der fiktiven Probleme in Haushalt und Familie einer fiktiven Frau Rein. Um nur die krassesten Beispiele herauszugreifen: Sie hört nicht, daß der Staubsauger längst nicht mehr saugt, weil der Strom ausgefallen ist. Alle Arbeit umsonst! Wahrlich ein Problem! Wem will der Autor das verkaufen? Wer die Schwingungen einer Musikkapelle spürt, dem kann doch nicht unbemerkt bleiben, wenn der Staubsauger aufhört zu vibrieren. Mal ganz abgesehen davon, daß mir ein Saugen ohnehin überflüssig erscheint, bei dem sich das Resultat (sauberer Teppich) so wenig vom Ausgangsprodukt unterscheidet, daß man gar nicht merkt, daß der Sauger den nicht vorhandenen Dreck nicht mehr aufnimmt.

Und diese Szene mit dem Besucher, selber gehörlos, der völlig irrational an die Tür schlägt (weiß er nicht, daß Frau Rein ihn nicht hört?) bis sich die Nachbarn beschweren. Komisch, so was passiert bei uns im Haus auch öfters, obwohl dort niemand hörbehindert ist.
Ebenso kommt mir das Problem mit dem Sohn, der den Fernseher immer auf Weltraumstärke laufen läßt, auf daß jeder im Haus weiß, welche Sendungen er bevorzugt, überaus bekannt vor. Hunderte von hörenden Eltern können Herrn Radehose gewiß ein Lied davon singen...

Sind das die Probleme Hörbehinderter? Ich komme mir verschaukelt vor, wenn ich diesen Artikel lese und eine Wut packt mich, gerade weil die Probleme in Wirklichkeit so gravierend sind. Und daß uns dann ein Sozialarbeiter für Hörbehinderte wie er sich selber tituliert so etwas im ‚Frau im Spiegel'-Stil vorsetzt. Was soll dieser Beitrag beim Leser bewirken? Solidarität statt Mitleid...?

Beim zweiten Artikel handelt es sich um den Beitrag ‚1 x Korsika und zurück'. Ich kann mir vorstellen, daß es eine sehr wichtige und positive Erfahrung für jemanden bedeuten kann, dessen Leben durch eine Einschränkung der physischen Mobilität geprägt ist, eine Reise ‚wie jeder andere auch' zu unternehmen. Nachdenklich stimmt mich jedoch die Haltung der Autorin zum Reiseveranstalter.

Wenn es schön war, dann ist man natürlich zufrieden und Sympathie, vielleicht Zuneigung stellt sich ein den Leuten gegenüber, die zum eigenen Wohlsein beigetragen haben. Aber muß es wirklich so weit gehen? ‚Max, der an alles gedacht hat, der alles kann; organisieren, Klötzchen beschaffen, Brettchen verlegen...' Max, der genau dafür bezahlt wird von den Reiseteilnehmern, und vermutlich nicht zu knapp. Ganz dick kommt es dann beim ‚schwarzgelockten Franz', der sie alle auf seinen starken Armen an die Sonne trägt, ‚die Armen vom Leben Benachteiligten' fehlt nur noch hinzuzufügen... Ich will der Autorin ihre schönen Reiseerlebnisse bestimmt nicht miesmachen. Aber bei der Lektüre dieser Zeilen fällt mir wieder die ‚Zeitung zur Emanzipation Behinderter' ein... Bis zur Emanzipation aus Obhut, Fürsorge, dankbarem Entgegennehmen und Behandlung seitens der Nichtbehinderten ist's offenbar noch ein langer, dornenreicher Weg.

Wie gut, daß es noch Lichtblicke in derselben Ausgabe gibt, wie der sehr gut durchdachte und treffend formulierte Artikel ‚Bum-Bum-Boris, Stolz der Nation' von einem/r gewissen C.F.I., wer immer das sein mag. Es ist also noch nicht alles zu spät.

Sabine Gerstmayr, Berlin

Wieder einmal bringt der Stern einen seiner rührseligen Berichte über Behinderung. Diesmal geht es um die MS-Krankheit (Multiple Sklerose), und die Öffentlichkeit soll erfahren, wie Menschen damit leben. Man möchte meinen, daß der Leser — vor allem der Nichtbehinderte — dadurch einen besseren Einblick bekommt in den Alltag von Behinderten, und somit ein Schritt getan wird, um die Barrieren aufzuheben, die dem normalen Umgang zwischen Behinderten und Nichtbehinderten im Weg stehen. Aber man merkt schnell, wie sehr man sich geirrt hat — die Berichterstatterin will nur unterhalten und tischt ihrem Publikum Bilder auf, die einem kitschigen Trivialroman entnommen sein könnten.

Nun wäre es nichts Neues, sich darüber aufzuregen; diese Dinge müssen offenbar sein, so wie die ganze Regenbogenpresse sein muß. Bestimmte Verlage bereichern sich an der Verdummung der Bevölkerung, die das nur gut und gerne mit sich machen läßt. Also gut, Es ist so. Wir wollen uns hier nicht mit dieser zwar unglaublichen aber doch gefestigten und realen Tatsache auseinandersetzen. Wir wollen nur mal die Sprache dieses Artikels unter die Lupe nehmen. Es geht um diese sprachliche Fertigware, die so schön gedankenlos benutzt wird, und die sich der Presse als sehr geeignetes Instrument anbietet, um bestimmte Klischees aufzubauen und zu festigen. Wie werden wir also beschrieben?

Evelyn Holst berichtet, daß in der BRD 100.000 Menschen an MS leiden. Tun sie das wirklich alle? Hat diese Krankheit wirklich für alle nur grausame Folgen, die sie selbst und ihre Angehörigen bzw. Partner kaum ertragen können? Sie jedenfalls scheint es zu wissen; ihre Fallbeispiele sind alle das traurige Elend in Person. Evelyn Holst scheint zu wissen, daß es nur Behinderte gibt, die sich mit ihrem Zustand nicht anfreunden können, die unsicher und ohne Selbstbewußtsein sind. Sie sind alle passiv, neidisch auf Nichtbehinderte und stellen eine einzige Belastung für ihre Umwelt dar.



Das schleichende Leid im Stern

Da ist zum Beispiel Maren — „blond, zart und sehr gerade sitzt sie da im Wohnzimmer ihrer Eltern bemüht um Tapferkeit und Würde." Wenn Maren nun nicht blond, zart und sehr gerade wäre, wäre das dann alles nicht so furchtbar schlimm gewesen? Und dann hat Evelyn noch beobachtet, daß Maren um Würde sich bemüht. Und da wurden wir sogar kurz unsicher; könnte es sein, daß wir bisher dieses Wort falsch verstanden haben? Wir meinten nämlich, daß Würde irgendwie mit dem Wesen eines Menschen zu tun hat, so ungefähr das ist, was man an inneren Werten besitzt, an geistiger und seelischer Energie, die die Persönlichkeit ausmachen. Aber wieso soll ein Mensch dies verlieren, wenn seine Hände anfangen zu zittern? Offenbar weiß Evelyn besser als wir, was Würde ist. Ja, und dann hätte sich Maren gewünscht, daß es erst mit 35 oder 40 angefangen hätte, um etwas mehr vom Leben gehabt zu haben. Hat sie derzeit nichts vom Leben? Haben Evelyn und Maren eigentlich nichts davon gehört, daß Behinderte auch geistig tätig sein können, daß es sogar welche gibt, die Freunde und Partner haben, Beruf, Hobbys...? Offenbar nicht. Die zarte Maren ist körperlich nicht mehr fit und sieht daher keine Berechtigung mehr für jegliches Selbstbewußtsein. „Sie setzt sich, wenn sie sich überhaupt mal unter Menschen traut, ganz nach hinten in die Ecke. ‚Ich finde mich beim Essen ja selbst so unästhetisch', sagt Maren." Dann vollendet Evelyn das Bild: „Dieser traurige Neid, wenn ihre alte Schulfreundin sie besucht, berstend vor Energie und Gesundheit. Wenn ihr 18-jähriger Bruder Stefan sich für die Disco feinmacht." Zum journalistischen Handwerk gehört eben auch ein bißchen Rhetorik, und da werden hier solche Gegensatzpaare präsentiert: dem neidisch traurigen kranken Mädchen steht die vor Energie und Gesundheit berstende Freundin gegenüber.

Wie sieht eigentlich so ein berstender Mensch aus? Lacht er dauernd? Hüpft er ständig im Raum herum? Ob er wohl auch Probleme hat, vielleicht unsicher ist

manchmal oder deprimiert? Ob so ein Berstender auch Macken hat? Und im Übrigen, wenn man das so liest, könnte einem auch der Kragen bersten. Denn könnte Maren sich nicht auch feinmachen und was unternehmen? Sich auf ihre Weise amüsieren? Aber nein, Evelyn weiß besser; in dieser aktiven dynamischen Welt der Nichtbehinderten sind Behinderte nur passiv, sie leiden an Neidgefühlen, sind unmündig und nicht selbständig genug, etwas aus ihrem Leben zu machen.

Das schleichende Leid, Stern, Heft 12, 13.3.86

Etwas leichter zu ertragen sind die Korkverstärkungen an den Besteck-Griffen. Die braucht sie zum Essen, obwohl dann dennoch mal ein Stück Brot herunterfällt und, wenn sie einen Löffel mit Suppe zum Mund führt, zuletzt nichts mehr drauf ist.

Sie setzt sich, wenn sie sich überhaupt mal unter Menschen traut, ganz nach hinten in die Ecke. „Ich finde mich beim Essen ja selbst so unästhetisch", sagt Maren Hillmer.

Blond, zart und sehr gerade sitzt sie da im Wohnzimmer ihrer Eltern, bemüht um Tapferkeit und Würde.

Es ist schwer für sie, ihrem jungen, schon so zerstörten Leben etwas Freude abzuringen. Worüber auch? Darüber daß sie noch nicht dauernd im Rollstuhl sitzt? Daß sie, die einst begeisterte reiterin, einmal wöchentlich von ihrer Mutter zur Reittherapie gefahren wird? Daß sie mit ihren Eltern Tandem fahren kann, das linke Bein festgeschnallt?

Dieser traurige Neid, wenn ihre alte Schulfreundin sie besucht, berstend vor Energie und Gesundheit. Wenn ihr 18jähriger Bruder Stefan sich für die Disco feinmacht.

Evelyn weiß noch eine furchtbar traurige Sache: nicht nur Behinderte sind arm dran, sondern ebenso fast jeder, der mit ihnen zu tun hat. Da sind zum Beispiel die armen Ehepartner, die in „gesunden" Zeiten einmal das Ja-Wort gaben und nun für den Rest ihres Lebens mit einer schweren Bürde gestraft sind. Sie müssen ständig nur geben und erhalten nichts Positives zurück. Selbst ratlos steht Evelyn da und fragt: „Und was kann man der 32-jährigen Christel Hietzke raten, rothaarig, hübsch, tatendurstig? Wo soll sie hin mit der ihrem Mann zuliebe oft unterdrückten Lebenslust?" Wir erlauben uns mal der Evelyn, obwohl sie ziemlich gut bescheid weiß, einen kleinen Tip zu geben. Die hübsche Christel sollte es erwägen, ihre Lebenslust gar nicht erst zu unterdrücken. Wir gehen mal davon aus, daß die beiden sich ein bißchen lieb haben — es ist nämlich meistens so wenn man heiratet. Deswegen schlagen wir vor, daß sie zu ihrem Mann gehen sollte mit ihrer berechtigten Lebenslust. Und weißt Du was, Evelyn, es gibt sehr viele Möglichkeiten, einander liebzuhaben und das einander zu zeigen, auch körperlich. Man kann das auch lernen. Und noch etwas sei in Dein Ohr geflüstert, Evelyn:

So braucht Christel Hitzke ihrem Mann nicht mehr den Po abzuwischen.

Und was kann man der 32jährigen Christel Hitzke raten, rothaarig, hübsch, tatendurstig? Wo soll sie hin mit der ihrem Mann zuliebe oft unterdrückten Lebenslust?

Wer hilft einer Frau wie Christel Hitzke, die ihren Gerd als lustigen, sportlichen Mann kennengelernt hat, damit fertig zu werden, daß aus diesem Energiebündel ein Pflegefall geworden ist? Der sich von der Taille abwärts taub fühlt und dessen Fingerspitzen so kribbeln, daß er nicht mehr streicheln mag?

Auch Renate Käppel, eine attraktive Vierzigerin, mit einem MS-Kranken verheiratet, erzählt von den Schwierigkeiten in einer solchen Ehe. Sie kennt eine junge Frau, deren Mann, obwohl er seine Gliedmaßen kaum mehr kontrollieren kann, immer noch den Wunsch nach körperlicher Nähe hat. Doch wie soll seine Frau Lust empfinden, wenn sie ihm vorher den Katheter rausnehmen muß? Als die Ehefrau jetzt zur Kur war, hat sie mit einem gesunden Mann geschlafen und sich hinterher ganz mies gefühlt.

Hast Du vielleicht auch mal mitbekommen, wieviele Nichtbehinderte es nicht schaffen, liebevoll miteinander umzugehen? Aber nein, Du siehst das alles ganz anders: Zitat S. 82 Wer hilft... ganz mies gefühlt.

Behinderte sind offenbar grundsätzlich nur noch ein Pflegefall, nur noch das schlechte Gewissen ihrer Partner. Ganz deutlich hat Evelyn dies bei dem Ehepaar Riff gesehen. Die an MS erkrankte Heidi sitzt schon acht Stunden in ihrer Wohnung und starrt auf eine Gardine, die nicht mehr richtig am Brett sitzt, und wartet auf Peter, der dieses Unheil möglichst bald beheben soll. Ist Heidi wirklich gar nichts anderes eingefallen für diese ganzen acht Stunden?! Aber Peter hat Verständnis. Groß, kräftig und laut wie er ist, kommt er erschöpft aus der Arbeit heim, um sofort mit der Pflege seiner Frau zu beginnen. Sie

Daß auch ihre gesunden Partner Schwierigkeiten haben, wird oft vergessen. Wenn Peter Riff, ein großer, kräftiger, lauter Mann, von seiner Arbeit kommt, empfängt ihn seine Frau etwa so: „Peter, die Gardine sitzt nicht mehr richtig am Brett. Machst du das bitte mal?" „Mach ich gleich", antwortet er dann. Wenn Heidi dann wütend wird und darauf besteht, daß er es jetzt macht, sofort, dann muß er seine gereizte Reaktion runterschlucken. Hat er denn überhaupt eine Ahnung davon, was es heißt, acht Stunden lang auf diese verdammte Gardine zu starren und nicht imstande zu sein, aufzustehen und das lose Stück selbst wieder festzustecken? Hat er eine Ahnung, wieviel Wut und wieviel Verzweiflung in diesem „Bitte, mach mal" liegen? „Nein", sagt Peter Riff, „das kann man sich als Gesunder einfach nicht vorstellen."

Genausowenig kann sich Heidi Riff vorstellen, wie erschöpft er abends von der Arbeit ist. Wenn sie ihn dann voller Tatendrang bittet: „Laß uns noch 'ne Runde spazierenfahren", dann sitzt sie gemütlich im Rollstuhl, und er kriegt „runde Füße" vom Schieben.

Da sie etwas unsicher geht, hat sie Hemmungen.

Schon jetzt behält sie die Müdigkeit für sich, die Anstrengung, die es sie manchmal kostet, bei den Discotouren am Wochenende mitzuhalten. Soll sie ihn denn vergraulen mit ihren Behinderungen? Wie soll er Verständnis dafür aufbringen, daß seine bislang kerngesunde Freundin nicht mehr in die Sonne darf, daß ihr schnell schwindelig und schlecht wird und sie dann nichts essen mag.

hat nun schon acht Stunden auf die Gardine gestarrt und möchte jetzt gerne einen Spaziergang machen, „dann sitzt sie gemütlich im Rollstuhl, und er kriegt ‚runde Füße' vom Schieben".

Man könnte mit diesen Beispielen noch weitermachen. Aber genug ist genug. So viel Leid kann ja kein Mensch ertragen. Aber eins muß man der Evelyn lassen; sie kann mit Sprache spielen und wird auch wahrscheinlich weiter spielen. Übrigens Evelyn, bist Du auch hübsch, zart und blond?

Heike Nötzel, Dina Mansour

MAN HAT KEIN MASS MEHR, FÜR NICHTS, SEIT DAS MENSCHENLEBEN NICHT MEHR DAS MASS IST

Kürzungen im Sozialbereich

Stellungnahme der BAGC, Mainz, Eupener Str.

Es ist zwar kaum zu fassen, aber es läßt sich mit einiger Mühe nachrechnen: der VdK hat zu Beginn dieses Jahres eine Dokumentation herausgegeben und kürzlich auf einer Pressekonferenz in Bonn bestätigt:

Innerhalb der letzten 8 Jahre hat die Bundesregierung im Sozialbereich Leistungen in Höhe von DM 350 Milliarden gekürzt. Das sind Dreihundertfünfzigtausendmillionen Mark.

Die stärksten Kürzungen sind durch das letzte Haushaltsbegleitgesetz erzielt worden bei den Gruppen: Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger, Schwerbehinderte.

Wir haben Euch eine Zusammenstellung angefertigt, aus der Ihr die wichtigsten Kürzungsmaßnahmen und ihre Folgen ersehen könnt — auch wenn für eine ganze Reihe von durch diese Maßnahme Betroffenen sich die Folgen erst zu einem späteren Zeitpunkt direkt bemerkbar machen werden, z.B. bei den Leuten etwa, die in einer Werkstatt für Behinderte arbeiten, für Schwerstbehinderte, die ihre Hütte belasten müssen, damit sie noch Pflegegeld (als Darlehen) erhalten, für andere, die Sozialleistungen zurückzahlen müssen, obwohl sie diese selbst nie in Anspruch genommen haben, andere wiederum, deren Rente unmerklich schrumpft und schrumpft...

Viele Clubfreunde haben's aber auch schon direkt zu spüren bekommen — und das alles, während die großen Konzerne verdienen wie noch nie und andere, neben ihrem Superjob so ganz nebenher Millionen an Aktienspekulationen verdienen.

Der ganze Trend, wie er sich in der restriktiven Auslegung von Kann- und Soll-Vorschriften im BSHG zeigt, die Einschränkung bei Fahrdiensten, die Zurückstufungen bei den Versorgungsämtern (MdE-Grad), die Streichungen beim Pflegegeld — da kommen die Millionen, die Milliarden zusammen.

Betr.: Zuschüsse zu Kraftfahrzeugen für behinderte Arbeitnehmer

Es steht eine neue Regelung für die Kraftfahrzeughilfe ins Haus, die, mit ganz erheblichen Verschlechterungen ausgestattet (wie könnte es anders sein) die bislang freie Regelung durch die autonomen Leistungsträger der Rehabilitation (die Rentenversicherungen, Knappschaftsversicherungen, Berufsgenossenschaften etc.) ablösen soll.

Ich nehme an, daß die neue Regelung, eine von der Bundesregierung unter Stabführung von Bundesarbeits- und Sozialminister Blüm erarbeitete Rechtsverordnung, noch Mitte des Jahres 1986 in Kraft treten wird — trotz der miesen Noten, die sich die Bundesregierung bislang in der Sozialpolitik schon verdient hat. Der Text dieser Verordnung, die mir vertraulich unter die Augen gekommen ist, gibt Anlaß zu erschrecken, denn die Verschlechterungen sind durchschlagend.

Bis dahin aber gelten n o c h die seitherigen Regelungen, die ab Januar 1986 sogar noch eine Anpassung an die Preisentwicklung auf dem Automarkt beinhalten.

Bei einer E r s t beschaffung beträgt die Zuschußhöhe 80 % des Kraftfahrzeugpreises, der auf maximal **18.950,— DM**



festgelegt ist; die Zuschußhöhe liegt also bei **15.160,— DM**; bei der **Zweitbeschaffung** beläuft sich der Zuschuß auf 60 % von 18.950,— DM, also 11.370,— DM.

Ist das Fahrzeug billiger, dann erfolgt die Berechnung auf der Grundlage des tatsächlichen Preises, ist es teurer als 18.950,—, dann bleibt es bei den genannten Beträgen.

Grundsätzlich kann der Zuschußgeber keinen Einfluß auf die Fahrzeugwahl nehmen, das Fahrzeug muß lediglich der Behinderung entsprechen. Die Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit müssen von den Kostenträgern natürlich beachtet werden. Bei der Auswahl des Fahrzeugs müßt Ihr also schon entsprechend argumentieren. Ein Porsche Targa wird sich kaum als besonders geeignet für die Mitnahme eines Elektrorollstuhls darstellen lassen, eher hingegen ein Kombi oder VW-Bus oder ein Großraumfahrzeug. Ein Allrad-Antrieb **kann** hingegen von einem schwerbehinderten Autofahrer, der in einer schneereichen, gebirgigen Gegend wohnt und in der Winterzeit witterungsbedingte Probleme hat, seinen Arbeitsplatz zu erreichen, eine notwendige Sonderausstattung sein.

Wie bislang, werden „behinderungsbedingte Zusatzausrüstungen **voll** übernommen, also etwa: Automatikgetriebe, ausschwenkbarer Spezialsitz mit Zusatzheizung, handbetätigte Fahrbremse, Handgaseinrichtung, Einladehilfe für den Rollstuhl und andere, Euch sattsam bekannte Spezialeinrichtungen... Das alles wird auf den zugrunde gelegten Richtpreis **nicht** angerechnet.

Eine **dritte** Fahrzeugbezuschussung gibt's nur in extrem schwierigen Situationen des Betroffenen über eine sog. Härteregelung. In all den Jahren ist es mir bislang nur in 2 Fällen gelungen, mit dieser Klausel eine Bezuschussung durchzusetzen.

Kriegsbeschädigte erhalten natürlich durch die Kriegsopferfürsorge auch Fahrzeuge bezuschußt, die erheblich teurer sein dürfen, nämlich rund 11.000,— DM. Hier liegt der fiktive Kaufpreis bei DM 30.000,—. Moos gibts unter bestimmten Bedingungen auch aus dem Topf der Ausgleichsabgabe, nämlich 18.000,— DM. Das ist auch so etwa die Größenordnung, mit der man unter gewissen (recht problematisch zu erfüllenden) Voraussetzungen eine Kfz-Hilfe von einem Sozialhilfeträger erhalten kann, sofern dieser als Kostenträger (nachrangig natürlich) zuständig ist. Für alle Kostenträger gilt prinzipiell, daß auch eine höhere Zuschußsumme gewährt werden **kann**, wenn Art und Schwere der Behinderung und die besonderen Lebensumstände des Antragstellers dies zwingend erfordern.

Neben den bislang erwähnten Leistungsträgern der Rehabilitation, die Zuschüsse zur Kraftfahrzeugbeschaffung zu erbringen haben, sollte die in dieser Hinsicht sich vornehm zurückhaltende Bundesanstalt für Arbeit nicht vergessen gehen.

Diese ist, sofern, wie bei den anderen Kostenträgern auch, die Kfz-Förderung der Sicherung des Rehabilitationszieles dient (d.h. der Erhaltung von Erwerbstätigkeit und Arbeitsplatz) zur Zuschußleistung verpflichtet und dies auch im Wiederholungsfall.

Im Gegensatz zu an eingangs erwähnten Leistungsträgern Bfa und LVA und BG, legt die BA (Bundesanstalt für Arbeit) sehr strenge Einkommensgrenzen ihren Förderungsrichtlinien zugrunde; das heißt u.a. auch, daß der Erlös aus dem Verkauf des alten Fahrzeugs nachgewiesen und bei der Berechnung des Zuschusses berücksichtigt werden muß.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß das Arbeitsamt nach einem Urteil des Bundessozialgerichtes vom vergangenen Jahr generell dann leisten muß, wenn an-

dere Träger nicht infrage kommen (etwa, wenn die nötige Versicherungsdauer bei einer Rentenversicherung noch nicht erreicht ist — immerhin sind das jetzt 180 Monate = 15 Jahre!).

Und: das Arbeitsamt **muß** auch im Wiederholungsfalle leisten, sofern die übrigen Voraussetzungen zutreffen. exakt diesen durch höchstrichterliches Urteil erzwungenen internen Runderlaß vom 12.8.1985 scheinen manche Arbeitsämter noch immer nicht zu kennen, wie uns aus einer Reihe von Beratungsfällen bekannt geworden ist.

Übrigens zahlt die Bundesanstalt für Arbeit Reparaturkosten dann, wenn sie dabei billiger wegkommt als bei einem Zuschuß zur Neubeschaffung.

Die Kfz-Hilfen werden in Zukunft mit der Einführung der neuen Rechtsverordnung des Bundesarbeitsministeriums wesentlich geringer ausfallen und auch schwerer zu erlangen sein.

Walter Schubert

Ein Ausstellungskatalog ist noch lange kein Museumsbesuch!!

Behinderte Menschen haben ein Recht auf Bildung. dieser Gedanke hat sich selbst bei Politikern durchgesetzt. In der Realität wird dieser selbstverständliche Anspruch allerdings ins Gegenteil verkehrt: In Hamburg sind viele Museen, Ausstellungsräume und andere kulturelle Einrichtungen für Behinderte nicht zugänglich. Sie stehen oft vor mehreren Treppen, passen mit ihren Rollstühlen nicht durch Türen oder müssen über Hinterhöfe und Werkstatt- sowie Requisitenkammern an ihr Ziel gelangen (letzteres hat für behinderte Frauen bereits zu Belästigungen durch Männer geführt!).

Behinderte Student(inn)en, die etwa den Museumsbesuch für ihre Ausbildung in Anspruch nehmen müssen, scheitern oft an den architektonischen Hindernissen. Besonders über das Museum für Völkerkunde sind von Interessierten Beschwerden über bauliche Unzulänglichkeiten gekommen.
Es ist diskriminierend, stets wie ein Bittsteller an der Klingel für Rollstuhlfahrer — falls vorhanden — um Hilfe zu läuten, um dann durch den Hintereingang verbracht zu werden. Dabei kann diese Abwertung durch einfache architektonische Veränderungen — wie etwa in der Hamburger Kunsthalle — vermieden werden.
Wir fordern, daß alle öffentlichen Gebäude wie Museum, Behörde, oder Post durch Rampen, Aufzüge usw. endlich behindertengerecht umgestaltet werden!

Unterschriftenliste:

Name / Anschrift

Hamburger Arbeitskreis gegründet Menschenwürdiges Bauen

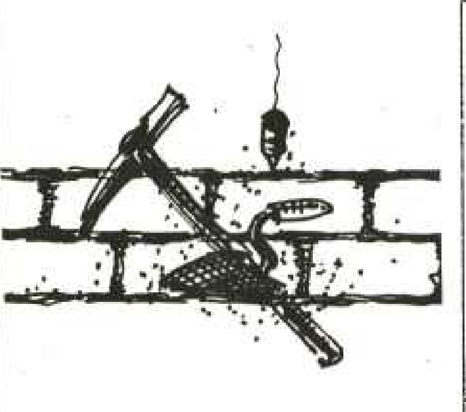
In Hamburg hat sich der ‚Arbeitskreis Menschenwürdiges Bauen' (AMB) gegründet. Spannend daran ist, daß 30 Behindertenverbände der Hansestadt mit über 40.000 Mitgliedern sich eine Basis der Zusammenarbeit geschaffen haben.

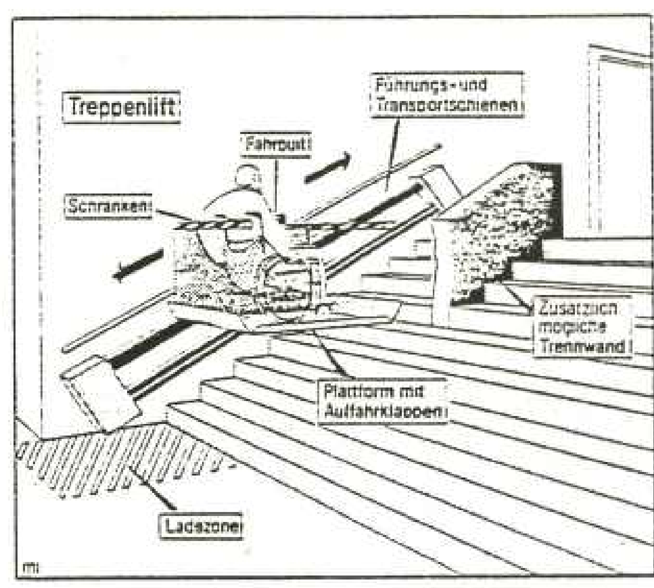
Der AMB, in dem auch fachlich Interessierte mitarbeiten, kam zustande, als der behindertengerechte Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Hamburgs Behörden auf der Tagesordnung stand: Vertreter der Kriegsopfer, der Elternvereinigungen oder Abgesandte der Alsterdorfer Anstalten einigten sich auf Bedarfsschwerpunkte des Umbaus im Schnellbahnnetz (Details in einer der nächsten ‚randschau').

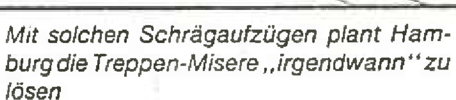
Der Arbeitskreis geht davon aus, daß für das Erreichen der Mobilität nicht nur Gebäude, sondern auch Fahrzeuge so gebaut werden, daß alle Menschen sie benutzen können. Um den Ansprüchen der bekannt egoistischen Behindertenvereine nachzukommen, gilt es, „die Widersprüche der unterschiedlichen Interessenlagen aufzulösen und Formen in Technik und Gestaltung zu finden, die sich unabhängig von den unterschiedlichsten anderen Verbandszielen entwickeln lassen."

Um diese anspruchsvolle Willensbekundung in die Tat umzusetzen, soll es so etwas wie ein ‚Minderheitenvotum' geben. Der Arbeitskreis verpflichtet sich, gegenüber Ämtern und Planern auch die Detailinteressen und Sonderwünsche einer kleinen AMB-Gruppe zu vertreten. Die Zukunft muß zeigen, wie diese Vorstellung in der Praxis des öffentlichen Auftretens ihren Niederschlag findet.

Kontakt:
Arbeitskreis Menschenwürdiges Bauen
c/o Volker Doose
Pagendamm 24
2000 Hamburg 13
Tel.: 040—44 26 43






Mit solchen Schrägaufzügen plant Hamburg die Treppen-Misere „irgendwann" zu lösen



Behindertengerechtes Bauen — einige Hamburger ‚Glanzlichter':

Das Versorgungsamt in der Altstadt ist nur über einen schwer zu findenden Hintereingang mit Fahrstuhl zu erreichen. Der übliche Eingang ist durch eine Freitreppe versperrt. Ausgerechnet in diesem Gebäude hat das Versorgungsamt das Schwerbehindertendezernat eingerichtet...

• • •

Das Hamburger Rathaus ist stolz auf seine Historie. Bei Führungen durch die heiligen Gänge bleiben Rollstuhlfahrer im Foyer zurück — es gibt zwar enge Fahrstühle, die erreichen aber nicht jedes Stockwerk.

Der S-Bahnhof Wilhelmsburg wurde beim Neubau der Linie nach Harburg, der immerhin 1,3 Milliarden Mark gekostet hat, trotz heftiger Debatten in der Öffentlichkeit nicht behindertengerecht ausgestattet. Wie an sechs der acht neuen Haltestellen auch sollen „irgendwann" die Rolltreppen durch Schrägaufzüge ersetzt werden. Rund 1.000 Körperbehinderte, davon etwa 130 Rollstuhlfahrer, schauen in Wilhelmsburg in die Röhre...

Der Kino-Center am Gänsemarkt ist in Hamburg keine Ausnahme: Von den 16 Sälen sind auch nur drei mit dem Rollstuhl zu erreichen.

• • •

Der neue Bahnhof Altona hat bisher 240 Millionen Mark Umbaukosten verschlungen; die 600.000 DM für Fahrstühle will keiner ausgeben. Besonderes Kennzeichen: Zwei Fahrstuhlschächte sind betriebsfertig! Rollstuhlfahrer erreichen die S-Bahn nicht.

Treffen behinderter Studenten

Kampf mit Barrieren und der Psyche

Vom 16.—19. März fand in Hamburg ein überregionaler Erfahrungsaustausch behinderter Studenten und Studentinnen bzw. ihrer Selbsthilfeorganisationen statt. Knapp fünfzig Teilnehmer aus Würzburg, Neckargmünd, Münster, Dortmund oder Hamburg diskutierten die beiden Schwerpunktthemen, in denen es um die baulichen Unzulänglichkeiten der Universitäten und um psychische Probleme von studierenden Behinderten ging. Ein heißes Eisen — Kritik am RCDS, dem studentischen Ableger der Christdemokraten — kam nur am Rande zur Sprache.

Der Rollstuhlfahrer Fritz hat persönliche Probleme mit seinem Studium: Soll er aufhören, den Studienort einfach wechseln oder Kontakt zu einer Selbsthilfegruppe suchen? Nach langem Zögern überwindet er die innere Zerrissenheit und entschließt sich, die Beratungsstelle für behinderte Studenten aufzusuchen. Die ersten Stufen vor dem Hauptgebäude der Hamburger Uni überwindet er dank dem energischen Zupacken dreier frischgebackener Kommilitonen. Nachdem diese etwas verwirrt die bei dem Manöver herausgezogenen Armlehnen wieder montiert haben, erfährt Fritz, daß die Beratungsstelle im I. Stock liegt. Der freundliche Pförtner weist ihn über weitere Stufen den Weg zum Fahrstuhl. Den Lift allerdings, daß erkennt Fritz mit einem Blick, hat ein Leichtgewicht konstruiert: Rollstühle haben nur zusammengefaltet eine Chance, transportiert zu werden. Leicht entnervt, will Fritz erstmal pinkeln — das großzügig ausgebaute Behindertenklo liegt ja Gott sei Dank auf dem bereits erklommenen Flur. Ein erleichterter Griff zur Tür — wieder Pech gehabt: abgeschlossen.

Bis auf Fritz ist an dieser Geschichte nichts erfunden. Und Hamburg ist kein Einzelfall. Architektonische Barrieren hindern fast bundesweit am Studium. Die deshalb auch angeregte Diskussion mit dem Architekten Volker Doose über bauliche, finanzielle und behördliche Schwierigkeiten sowie deren Lösungsmöglichkeiten spiegelt sich in der abschließenden Resolution wieder. Darin fordern die in Hamburg Versammelten:

„— Bereitstellen der notwendigen finanziellen Mittel für behindertengerechte Gebäude der Hochschulen.

— Bei Neubauten offizieller Gebäude und privater Wohnungen ist darauf zu achten, daß diese behindertengerecht gebaut werden, damit gewährleistet ist, daß behinderte und nichtbehinderte Menschen einander besuchen können.

— Behinderte Menschen müssen bei der Planung neuer Gebäude mit ausreichender Kompetenz hinzugezogen werden."

In diesem Zusammenhang ging eine Unterschriftenliste herum, die die Forderungen zum Zugang für Behinderte in öffentliche Gebäude unterstützt (s. Kasten).

Herrschte unter den Anwesenden zu den baulichen Maßnahmen eine einträchtige Meinung vor, so wurde im Gespräch über die psychischen Probleme behinderter Student(inn)en Kritik laut: Zu viele Aspekte würden nur angerissen und etliche Themen — waren sie erstmal bei so heiklen Punkten wie Liebe und Sexualität, Nähe und (un-)bewußte Abgrenzung angelangt — seien in der gesamten Gruppe an der Oberfläche geblieben. Dazu gehörte auch die ohne Ergebnis versandete Debatte, ob Nichtbehinderte bei einigen Fragen nicht vor die Tür gehörten, damit die Behinderten ungehemmt sprechen können. Dieser Wunsch, der an die Idee der Krüppelgruppe anknüpft, scheint offensichtlich in bestimmten Diskussionsphasen notwendigerweise aufzutauchen — auch in Zusammenhängen, in denen kaum jemand Erfahrung mit Gruppen ohne Nichtbehinderte besitzt.

Nicht im Plenum kamen Auseinandersetzungen einiger Behinderteninitiativen mit dem christdemokratischen Studentenbund RCDS zur Sprache: Derzeit finden an 14 Hochschulen im Bundesgebiet sogenannte Begehungen statt, um bauliche Mängel aufzuspüren und beseitigen zu lassen. Sie laufen unter der Federführung des RCDS-Veteranen Hans Herbst. Die Vorwürfe an ihn und seine Organisation hat die ‚Studenteninitiative Behinderte Erlangen' (STIB) anläßlich der Besichtigung ihrer Universität zusammengefaßt:

„Unsere Initiativgruppe wurde nicht vorher vom RCDS eingeladen, sondern der Behindertenbeauftragte der Uni hat uns verständigt, daß eine Unibegehung stattfindet. Ganz davon zu schweigen, daß ein spezieller Begehungsplan vorher erstellt wurde. Wahr ist vielmehr, daß wir aus eigenem Antrieb für die Sache der behinderten Studenten... an der Begehung teilgenommen und unser Wissen den Leuten vom RCDS zur Verfügung gestellt haben."

Der RCDS hat die Begehung in Erlangen im Vorweg damit begründet, daß hier vor allem sehgeschädigte Studenten studieren sowie alle Gremien der Uni zur Besichtigung eingeladen werden. Vorgehen wolle man nach dem ‚Loeschke-Plan' (ein Katalog, anhand dessen die Zugänglichkeit für alle Behinderungsarten beurteilt wird/Anm. d. Aut.). Dazu die STIB:

„Uns ist weiter nicht bekannt, daß in Erlangen besondere Einrichtungen für sehbehinderte Studenten bestehen bzw. Sehbehinderte studieren. Es wurden nicht alle Fakultäten besucht und es haben nicht die geforderten Gruppen an der Begehung teilgenommen. Es wurde gerade nicht nach dem Loeschke-Plan vorgegangen!!

Alles in allem ist diese Durchführung dermaßen ungenau und unvollständig..., daß wir vorschlagen, die gesamte Erhebung nochmals und mit fundierter und gewissenhafter Vorbereitung durchzuführen. so jedoch ist die Erhebung der Sache der Behinderten an den Universitäten nicht dienlich und schadet dem Ansehen der oftmals jahrelang tätigen Selbsthilfegruppen!!"

Besonders der Vorwurf, die Arbeit der Initiativen vor Ort durch plötzliches Vorpreschen herabzumindern, wurde aus anderer Quelle bestätigt. Böse wies man darauf hin, daß hier eine Thematik zur hochschulpolitischen Profilierung aufgegriffen werde — eine Unterstellung, auf deren Belegung durch Fakten man über Erlangen hinaus gespannt sein darf. Jedenfalls Gründe genug, diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Treffens zu setzen.

Udo Sierck



Integrative Schule in Köln

Die Vision einer Gesellschaft ohne Aussonderung Behinderter braucht zu ihrer Realisierung ganz wesentlich, ja vielleicht vor allem anderen, heute die Integration behinderter Kinder in Regeleinrichtungen.

In der ersten Ausgabe der „randschau" haben wir die Fortschritte und Widerstände in Bremen und Hamburg beschrieben. In dieser und der nächsten Ausgabe wenden wir uns der Situation in Köln zu. Schon in der LUFTPUMPE Februar 83 haben wir die ersten Integrationsbemühungen in der Peter-Petersen-Schule zu Köln beschrieben. Inzwischen hat es in dieser Schule bedeutende Fortschritte gegeben. Die Einschulung auch geistig behinderter Kinder ist erfolgreich verlaufen.

Erwin Klinke ist Schulleiter dieser Einrichtung und Vorkämpfer für eine Schule, die Kinder nicht den Ansprüchen des Staates ausliefert. Die Bedürfnisse der Kinder bilden für ihn den Kern, der von ihm vertretenen Pädagogik. Daß dabei die Einschulung auch behinderter Kinder passieren mußte ist Konsequenz nicht geplantes Ziel.

Was die Mitarbeitenden der Peter-Petersen-Schule tun ist ohne Zweifel politische Arbeit: Denn eine menschenbezogene Erziehung, wäre sie allgemein, zöge unweigerlich den humanen Staat nach sich.

Nach einer kurzen (wiederholenden) Beschreibung der Schule folgt der erste Teil eines Interviews mit Erwin Klinke. Hier geht es eher um die Erfahrungen mit der Integration behinderter Kinder. Der zweite Teil in der nächsten Ausgabe bezieht sich auf die Rahmenbedingungen und allgemein pädagogische Themen.

von Lothar Sandfort

DIE PETER-PETERSEN-SCHULE

Die Peter-Petersen-Schule (PPS) gibt es schon 30 Jahre in Köln. Sie ist eine alternative Grundschule und als solche Angebotsschule für Köln und Umgebung. Sie ist mit ihren Integrationsbemühungen vom zuständigen Minister als Modell anerkannt. Das Modell wurde in diesen Tagen nochmal um 4 Jahre verlängert.

Durch die Aufnahme Behinderter Kinder seit 1983 sind auch Sonderpädagogen an dieser Schule tätig.

Im Vordergrund des Unterrichts steht soziales Lernen. Das bedeutet, durch die Gruppe und in der Gruppe zu unterrichten.

Wie sieht nun dieser andere Unterricht aus? Römische Geschichte zu lernen, heißt für die Schüler z.B., ein wenig wie Römer zu leben. Deren Kleider nachzuahmen oder die Befestigungsmauer des römischen Kölns nachzubauen. Natürlich werden die Reste der alten Stadtmauer auch in natura betrachtet, wie andere Zeugen aus dieser Zeit, die im Römisch-Germanischen Museum liegen.

Was Lernen am lebendigen Material meint, dafür stehen die Schafe auf dem Schulgelände zum Beispiel.

Die den einzelnen Schüler umfassende Einheit, ist die Stammgruppe. Sie besteht aus Kindern des 1. und 2. Jahrganges oder des 3. und 4. Die „Neuen" bekommen in den Stammgruppen zu Schuljahresbeginn jeweils einen „Partner", der ihnen zeigt, was alls anders ist, und welche Regeln alle hier befolgen.

Die Jahrgangsübergreifende Unterrichtsform kommt der pädagogischen Erkenntnis entgegen, daß Kinder eher von Kindern der nächsten Entwicklungsstufe lernen als von Erwachsenen. Sie nimmt dem Schulanfänger Angst, bestätigt den „Fortgeschrittenen", fördert das Akzeptieren der Ordnung einer Gemeinschaft und deren gemeinschaftliche Fortentwicklung und lehrt die Vorteile des gegenseitigen In-Schutz-Nehmens.

Bis zum 4. Schuljahr gibt es keine Noten, auch das vermeidet Schulangst. Die Eltern werden, soweit das möglich ist, in den Schulalltag mit einbezogen.

Ein wesentliches Element der PPS ist die sog. „Freie Arbeit". „Frei" heißt sie, weil die Kinder dort frei wählen können, was sie arbeiten, spielen oder basteln wollen, und ob sie das allein oder mit anderen tun. Dabei hält sich der Lehrer im Hintergrund, beobachtet und greift erst ein, wenn Kinder Schwierigkeiten nicht allein lösen können. In der „Freien Arbeit" hat jeder Schüler die Möglichkeit, nach seinen Fähigkeiten Erfolgserlebnisse zu haben. Die Schüler sind mehr motiviert als bei der vom Lehrer vorgegebenen Arbeit. Die Ergebnisse werden den Mitschülern in unterschiedlicher Weise mitgeteilt. Z.B.: Berichtkreis, Vorstellen eines Modells, Spiel, Vorlesen usw.. Bestätigung und Kontrolle erfahren die Schüler so durch die Mitschüler. Wo es geht, werden Möglichkeiten der Selbstkontrolle eingebaut.

Für die Mitbestimmung der Schüler oder als Möglichkeit, Sorgen und Probleme mit anderen Schülern zu besprechen, oder als eine Gelegenheit, Meinung zu bilden und zu äußern, dafür gibt es die „Wochenrückschau" im Kreisgespräch der Stammgruppe.

Außerdem treffen sich aus jeder Stammgruppe wöchentlich zwei gewählte Klassensprecher mit einem von den Schülern gewählten Vertrauenslehrer. Hier geht es um Probleme, die die gesamte Schule betreffen, z.B. was man mit dem Erlös des Weihnachtsbasars macht.

Bei der Behandlung eines Themas löst sich die Stammgruppe in kleinere Gruppen auf. Themen der Gruppenarbeit sind Teilaspekte aus den Unterrichtsvorhaben der Stammgruppe bzw. der gesamten Stufe. Das Unterrichtsvorhaben wird im Kreis besprochen. Danach wählen die Schüler die Teilbereiche, die sie bearbeiten wollen, selbst aus. sie teilen die gemeinsame Arbeit in der Gruppe nach Fähigkeiten und Interesse auf. Dann geht's los. Inhalte von Gruppenarbeiten sind auch von Kindern selbst aufgegriffene Probleme und Sachverhalte. Im abschließenden Gruppenbericht werden die Arbeitsergebnisse von allen Gruppenmitgliedern den Mitschülern vorgestellt. Die Stammgruppe nimmt Stellung zum Inhalt und zur Ausführung.

Bis Ende des 4. Schuljahres haben die Kinder genug gelernt, um den Anforderungen der weiterführenden Schulen gerecht zu werden — und sind sozial intakt.

Erwin Klinke – Vernarrt in die menschliche Schule – Teil 1



dr: Erwin, ich wüßte zunächst gern, welche Erfahrungen ihr mit der Integration Behinderter gemacht habt, angesetzt an den Erfahrungen mit den Geistigbehinderten.

EK: Vor der Aufnahme geistigbehinderter Kinder hatten wir ja schon zwei Jahre Erfahrung mit Körper- und Sprachbehinderten. Wir sind da immer intensiver zu der Frage gedrängt worden, was wird mit den Kindern nach dem Primarbereich. In der Auseinandersetzung mit diesen Kindern ist uns immer klarer geworden, daß wir eine Fortsetzung im Sekundarbereich unter besonderen Bedingungen brauchen. Wir waren zuerst davon ausgegangen, daß der Sekundarbereich uns die Kinder so abnehmen kann. Das ist bei einer ganzen Anzahl auch möglich. Es gibt aber auch eine ganze Reihe Kinder, die braucht ein gewisses Maß an Betreuung, sie braucht auch ein gewisses Maß an Therapie. Obwohl ich da sehr vorsichtig bin, und nicht mehr möchte, als unbedingt nötig. Aber bei sprachbehinderten Kindern mußt du irgendwo Sprachübungen machen, da kommst du nicht dran vorbei, und für Kinder mit großen Koordinationsschwächen brauchst du schon sowas wie psychomotorische Übungen. Das ist für unsere Kinder auch notwendig, ich möchte das gar nicht so gern trennen. Für viele Kinder braucht man auch ein gewisses Maß an Krankengymnastik.

Also uns war klar, wir brauchen besondere Bedingungen, besonders im personellen Bereich, an den Schulen, an die wir unsere Kinder weitergeben wollen.

Als das aber klar war, da kam die Frage, warum kann dann nicht auch ein geistigbehindertes Kind dort hin. Und wenn du dann immer wieder Eltern da sitzen hast und siehst, wenn du „Nee" sagst, dann kommen denen die Tränen, irgendwo wirst du menschlich einfach weichgeklopft. Mir ist es so gegangen. Dann irgendwann habe ich einem Elternpaar mal so ne halbe Zusage gegeben, das ist mir erst später aufgefallen, was ich da gemacht habe, unter dem Vorbehalt, „wenn die Kollegen..., aber ich würd mich dafür einsetzen". Ich bin dann mit zitternden Knien in die Konferenz gegangen, um den Kollegen das schmackhaft zu machen. Ich habe mich dann aber gewundert, daß der Widerstand nicht so groß war, wie bei der Diskussion zu Beginn der Intergration Behinderter. Jetzt gab es nur noch etwa eine halbe Stunde Diskussion. Die Kollegen haben sich dann auf den Standpunkt zurückgezogen: „Erwin, wenn du hier Kollegen findest, die die Kinder nehmen, dann machen wir das mit. Einige haben gesagt, ich kann mir nicht vorstellen, wie ich damit umgehe, weil ich nicht weiß, wie ich darauf reagiere.

dr: Also, die haben sich gleich selbst im Zusammenhang damit gesehen, haben nicht gesagt: „Das geht von den Fähigkeiten der Kinder nicht", sie haben gesagt: „Ich habe da möglicherweise Schwierigkeiten mit".

EK: Die haben auch nicht gesagt, daß man das grundsätzlich nicht kann. Wir hatten ja schon Erfahrungen, daß man mit sehr unterschiedlichen Schwierigkeiten fertig werden kann. Bei einigen Fällen, waren wir zunächst als Lehrer auch überfordert. Z.B. bei einem sprachbehinderten Kind mit wesentlichen Verhaltensauffälligkeiten. Wie das uns immer wieder versucht hat, auszutricksen. Wie das das trainiert hatte, das konnte des phantastisch, Erwachsene auf's Kreuz zu legen. Das hatte uns zunächst Mühe gemacht. Also, wenn ich mich recht erinnere, war bei den Kollegen die Frage wichtig: „Wie komme ich damit zurecht, wie kriege ich das emotional verkraftet." Die Diskussion da war viel ehrlicher als zu Beginn der Integration bei uns.

Es waren dann sehr schnell zwei Kolleginnen bei der Hand, die unter der Voraussetzung bereit waren, daß ihnen stärker als bei anderen behinderten Kindern personell geholfen wird. Das ließ sich machen.

Die anderen Kinder hatten mit den geistigbehinderten überhaupt keine Schwierigkeiten, weil die auch sofort überall mitmachten. Sicher lag das auch daran, daß sie Eltern haben, die sie nie zurückgehalten hatten. Das ist bei Kindern, die versteckt werden, mehr oder weniger, ist das anders."

dr: Wie sind denn überhaupt die Erfahrungen mit den Eltern der behinderten Kinder gewesen.

EK: Also, der Umgang mit Eltern behinderter Kinder ist zumindest, um das vorsichtig zu sagen, anders als der mit Eltern nichtbehinderter Kinder. Man merkt den Eltern schon an, daß sie ein Kinderleben lang anders in dieser Gesellschaft gestanden haben. Sie haben andauernd mehr boxen müssen, mehr betteln müssen. Sie sind davon geprägt, das kann ich gut verstehen. Was mich unheimlich überrascht hat, das ist jetzt nicht mehr so stark wie bei den ersten Jahrgängen, das war das Konkur-

renzdenken zwischen den einzelnen Elterngruppen. Nein, weniger Konkurrenz als: für manchen Vorteile haben wollen, egal ob's das andere Kind auch hat, oder möglichst das andere nicht, damit mein... Das hat mich sehr betroffen gemacht. Ich dachte, die haben alle die selbe Not, die müßten eigentlich einhaken und boxen. Plötzlich hat das Kind Spannungen auszuhalten und teilweise sogar zu vermitteln, zwischen den Elternteilen. Das fing an mit der Fahrerei ging bis zur Krankengymnastik.

Wir haben damals sehr viele Elterngespräche geführt, offene Gruppen. Das war für uns als Pädagogen auch sehr wichtig, daß Eltern mal so ihren Lebensweg geschildert haben. Diese offene Diskussion mit den Eltern, die ist im Moment völlig heraus, wohl weil bei uns icht mehr so'n Bedarf da ist. Die Bereitschaft der Eltern der geistigbehinderten Kinder, die schon gemerkt haben, daß es schon noch etwas mehr was Besonderes ist, daß wir ihre Kinder genommen haben, die Bereitschaft, für die Schule etwas zu tun, handwerklich, finanziell oder so, ist raltiv groß.

dr: Wie ist das mit der krankengymnastischen Theraphie eigentlich geregelt?

EK: Wir haben versucht, Krankengymnastik über Krankenschein hier in's Haus zu holen, weil das schon belastend ist für die Eltern. Die Kinder sind vormittags in der Schule. Dann müssen sie zweimal die Woche zur Krankengymnastik, zum therapeutischen Reiten, zum therapeutischen Schwimmen. Die meisten behinderten Kinder haben einen Stundenplan wie ein Erwachsener. Da wäre es gut, wenn die Schule denen innerhalb der normalen Schulzeit wenigstens die Scheiß-Krankengymnastik abnehmen würde. So'ne Mutter aus der zweiten Generation atmet richtig auf, wenn die mal einen Nachmittag frei hat, an dem wir hier das Kind versorgen. Die Eltern sind ja auch die ganze Zeit mit Programm eingespannt.

Jetzt haben Eltern ein geistigbehindertes Kind wieder von unserer Schule genommen, weil das Kind bei uns zuwenig sein kann. In der Geistigbehinderten-Schule ist es weg von morgens bis nachmittags um 4. Bei uns könnte es auch nachmittags sein, aber dazu fehlt uns das Personal.

dr: Glaubst du nicht, daß das den Prozeß der Besonderung fördert, wenn innerhalb des Schulbetriebes die betroffenen Kinder gesondert Therapie bekommen?

EK: Da muß man sich entscheiden. Ein nichtbehindertes Kind kann sagen: „Heute nachmittag gehe ich in die Schule spielen." Unser Anspruch im Ganztagsbereich ist ja nicht, den Kindern nachmittags nochmal Lernstoff beizubringen, sondern wir haben als erstes Prinzip: Dieses Gelände und die Räumlichkeiten und die Möglichkeiten die wir hier haben, mit den Bäumen, mit den Büschen, mit der Wiese, mit dem Sandkasten, mit den Schaufeln, mit den Schafen, mit der Fahrradwerkstatt, mit der Bücherei, all das ist mal ein offener großer Spiel- und Versammlungsraum für Kinder. Hier dürfen sie mit den Dingen umgehen, die sie sonst als Großstadtkinder gar nicht haben. Die nichtbehinderten Kinder können sagen: „O.k., ich bleib heute nachmittag da." Das können die Behinderten nicht, damit sind sie auch ausgesondert. Jetzt muß man sich entscheiden, entweder sagt man, wir ziehen eine Reihe von diesen Dingen mit hierauf, was sicher mehr Sonderbehandlung ist, den Kindern aber auch die Möglichkeit schafft, zu bleiben und auch dieses Ganztagsangebot von sich aus freiwillig zu nutzen. Mittagessen zu gehen, wann es ihnen gefällt. Der Mutter zu sagen: „Heut mittag will ich da essen, mit meinen Freunden, gib' mir ein Essenmärkchen, bitte, und heute nachmittag will ich mit dem spielen, und hinterher gehe ich noch mit dem nach Hause. Dann kannst du mich um 5 abholen!" Das machen andere Kinder ja auch.

dr: Bei den nichtbehinderten Kindern ist das also so, daß die nachmittags keinen Unterricht mehr haben.

EK: Nein, unsere Möglichkeiten zu nutzen, das ist; selbständig Freizeit verbringen zu lernen. Wir laufen den Kindern nicht hinterher, verplanen sie, sondern es gibt eine zentrale Anlaufstelle, da nämlich wo der Erzieher und die Erzieherin sitzen. Die Kinder gehen zu den Erwachsenen, wenn sie sie brauchen, und das teuere Material wird da auch rausgegeben.

dr: Gilt das denn offiziell als Schulzeit?

EK: Das ist alles bei uns etwas... Also die Kinder haben, dafür muß ich auch garantieren, den normalen Umfang von Halbtagsschule. Also sagen wir mal im 4. Schuljahr 25 Stunden im Schnitt. Das ist auch richtig. Dafür habe ich auch die Stellen. Darüber hinaus ist Zuschlag. Die zwei Zuschlagsstellen haben wir mit einem Erzieher einer Erzieherin besetzt, und die sind von morgens 8 bis nachmittags 4 da.

dr: Ihr seid Ganztagsschule, aber der Unterrichtsbetrieb ist halbtags.

EK: Der orthodoxe Unterrichtsbetrieb. Danach gibt's Freizeit in der Schule mit Erwachsenen, die man angehen kann. Dazu gibt es als Ergänzung Arbeitsgemeinschaften, da machen Lehrer und Eltern auch mit. Die laufen über einen überschaubaren Zeitraum, den die Kinder nachvollziehen können, also z.B. Herbstferien oder Weihnachtsferien. Die Angebote werden vorher ausgeschrieben. Perlenkettenbasteln, Keramik, Mannschaftsspiele oder Rollstuhlsport.

In der Rollstuhlsport-AG mit Behinderten und Nichtbehinderten, da ist natürlich die Petra, die ist im Rollstuhlsportverein, das Ass, besser als die anderen. Wenn die Kinder sich aber angemeldet haben, dann ist die Zeit für sie verpflichtend.

dr: Es ist also bei Euch immer noch so, daß ihr versucht die Eltern stark mit einzubeziehen.

EK: Ja

dr: Wie war denn nun die Entwicklung speziell beim Florian, dem ersten mongoloiden Kind, das ihr aufgenommen habt.

EK: Der Florian hat jetzt drei Jahre in der Eingangsstufe gelernt, wo erstes und zweites Schuljahr zusammen sind. Der kommt jetzt rauf in's 3./4. Schuljahr.

dr: Er hat also die zeitliche Entwicklung nicht so mitgemacht, wie seine Mitschüler dann, oder?



EK: In der Phase, die in der Regel zwei Jahre dauert, ist er jetzt drei Jahre gewesen.

dr: Habt ihr das gewollt oder die Eltern oder wer?

EK: Das sind immer sehr schwierige Prozesse, die in Einzelfällen entschieden werden. Es gibt Kollegen, und bei den Kollegen der Eingangsstufe ist das sehr stark ausgeprägt, die meinen, wenn sowas angefangen hat wie Lese- und Schreibprozesse, und der Florian kann lesen, dann können die das besser als wir oben. Oft ist das aber auch so, daß man nicht gern Kinder abgibt, die einem an's Herz gewachsen sind. aber die Probleme kommen dann, wenn die Kinder in die Sekundarstufe gehen und als so 14jährige zwischen den 10jährigen hängen. Aber da sind wir uns im Haus nicht ganz einig. Die Eltern spielen da auch eine Rolle, die Eltern von Florian wollten ihn gern noch in der Eingangsstufe halten. Wir haben hier das Image, daß es bei uns im 3./4. Schuljahr etwas rauher ist. Davor haben die auch Angst.

dr: Also das alte Schonraumdenken ist noch nicht raus.

EK: Ne, das ist noch nicht raus, auch nicht ganz bei den Kollegen raus. Da wird dann argumentiert, besonders von den Sonderschul-Kollegen,: „Ja, wenn der an der GB-Schule gewesen wäre, KB-Schule gewesen wäre, dann hätte er eh ein Vor-Jahr gehabt. Die haben ja immer so Vorlaufgruppen.

dr: Wie hat der Florian selbst denn darauf reagiert.

EK: Für ihn war das klar, und das fällt ja auch nicht so auf. Weil aus der Gruppe laufen ja nicht alle weg. Ein Teil der Gruppe geht ja raus, der andere Teil, mit denen er ja ein Jahr zusammen war, bleibt. Es gibt ja auch noch andere Aspekte. Der Florian hat ja nie die Möglichkeit gehabt, zu dominieren, den Boß zu spielen, den am besten Informierten. Das machen wir manchmal bei nichtbehinderten Kindern auch, die leistungsmäßig schon in der Lage gewesen wären, nach oben zu gehen.

Wenn du das hören würdest, wie das bei den entsprechenden Übergangsgesprächen im Kollegium zugeht, das ist wie auf'nem Pferdemarkt. Ich vertrete das aber auch. Ich möchte nie genormte Sachen haben, daß man z.B. sagt, da muß unbedingt, je ein Körperbehinderter, Geistigbehinderter und Sprachbehinderter zusammen sein. Ich möchte das immer im Einzelfall entscheiden. Die Kollegen auch.

dr: Ihr hab ja so das Prinzip, daß die, die ein Jahr in der Stammgruppe einer Stufe gewesen sind, die Neulinge einführen. Hat es da eigentlich mal Ablehnung von nichtbehinderten Kindern gegeben, wenn Florian sie eingeführt hat?

EK: Da müßte man mal mit den Kolleginnen sprechen, ich weiß das ja nur aus zweiter Hand. Es hat wohl schon mal so Situationen gegeben beim Sport, daß jemand den Florian nicht anfassen wollte, weil er sabberte oder sowas. Das gibt's aber immer wieder auch bei anderen Kindern. Wenn jemand noch Bettnässer ist und man riecht das, dann gibt's ähnliche Probleme.

dr: Aber man kann nicht sagen, daß es größere Ablehnung gibt.

EK: Im Gegenteil, der Florian, wenn du das siehst, wie der draußen alle Spiele mitmacht, wie der von den Kindern aufgenommen wird. Da ist der besser integriert als manch anderes Kind, das sich herumschleppt und sich selber im Wege steht.

dr: Wie sind die Erfahrungen mit den anderen geistigbehinderten Kindern?

EK: Insgesamt alle gut. Bei einigen war's halt ein bißchen schwieriger. Z.B. bei einem zusätzlich sprachbehinderten Mädchen, das suchte Zuwendung stets über Treten, weil sie sich sprachlich nicht verständlich machen konnte. Zusätzlich mußte man immer aufpassen, daß sie einem nicht laufen ging. Einmal hatte sie sich schon auf den Weg nach Hause gemacht, ein Kind von dem es hieß, es finde nicht mal die Toilette über den Flur selbständig. Da haben wir uns andere Dinge einfallen lassen müssen. Sie kriegte dann eine besondere Spielecke und wenn es ihr mal zuviel wurde, dann tauchte sie einfach weg. Inzwischen ist die Entwicklung sehr gut verlaufen. Die Mutter hat mit ihr noch ein spezielles Training gemacht. Sie kann jetzt über 130 Wörter lesen.

dr: Wie seht ihr diese zusätzlichen Programme? Mich stört immer, dieser Ehrgeiz: „Unser Kind muß unbedingt die Kulturtechniken erlernen, koste es was es wolle":

EK: Stört mich auch. Wir haben allen Eltern das Versprechen abverlangt, daß sie von uns nicht erwarten, daß ihr Kind die Kulturtechniken so erlernt wie andere Kinder. Sie müssen sich entscheiden, ob für sie die soziale Integration Vorrang hat. Dann sagen sie natürlich alle: „Ja". Aber jetzt ist die Mutter des einen Kindes sauer und drängt auch den Lehrer, daß ihr Kind genausoviel kann wie das andere. Aber dieses Kind kann nicht soviel erlernen.

dr: Gibt es etwas Besonderes bei der Entwicklung der Körperbehinderten?

EK: Nein!

dr: Ihr habt eure Arbeit in den letzten Jahren also nicht umgestellt.

EK: Nein, ich würde das auch nicht machen.

dr: Von dem andernorts praktizierten Prinzip, Klassen mit behinderten Kindern entsprechend zu verkleinern, davon hältst du nichts.

EK: Nein, wir wollen, daß Kinder lernen, miteinander so umzugehen, daß jeder den anderen seinen Weg gehen läßt, der Einzelne sich aber aufgehoben und geborgen fühlt. Petersen-Pädagogik ist Gruppen-Pädagogik — der Gemeinschaftsgedanke ist sehr stark bei uns. Wir wollen schon das gegenseitige Helfen, das Helfenlassen aber auch das Von-einander-lernen in Konflikten. Einfach in Gruppen, in Gemeinschaft, in dieser Gesellschaft groß zu werden. Dafür braucht man, für alles Lernen braucht man Probleme, Spannungsfelder, Anre[illegible] enn die Gruppe zu klein



ist, dann ist das Spannungsfeld nicht mehr groß genug. Wir sind nun mal eine Massengesellschaft, aber wir wollen nicht, daß als Masse reagiert wird. Mir sind 15 zu wenig. Da muß man einfach personell mehr einbringen und in den großen Gruppen Einheiten schaffen. Das tun wir ja ohnehin. Wir arbeiten ja nie als ganze Klasse. Da hängen immer einzelne Grüppchen irgendwo, aber sie gehören zu einem größeren Verband. Bei einigen Behinderten bräuchte man jedoch immer eine Bezugsperson dabei. Das können wir nicht leisten personell.

Das ganze hat halt Prozeßcharakter. Ich könnte nicht sagen, unter den gegenwärtigen Bedingungen könnten wir jede denkbare Behinderung integrieren. Ich kann mir vorstellen, daß wir über das permanente Verändern von Bedingungen, über das eigene Wachsen hier, den Rahmen immer weiter ausdehnen können. In der letzten Konsequenz müßten alle integrierbar sein. Nur wir sind noch nicht soweit.

dr: Nun es hat dann ja Probleme gegeben, bei der Übernahme der behinderten Kinder in den Sekundarbereich. Lehrer- und Elternschaft einer Schule, der Gesamtschule Höhenhaus in Köln, hat das ja abgelehnt.

EK: Vor allem die Lehrerschaft, die Eltern der nichtbehinderten Kinder hätten das schon mitgemacht. Aber die Eltern haben gesagt, wenn die Lehrer das ablehnen, warum sollen wir dann zustimmen.

dr: Würdest du sagen, die Ablehnung hatte inhaltliche Gründe, etwa in der Besonderheit der Schule, oder waren das wieder psychische Gründe.

EK: Bei den Lehrern spielte sicherlich das Gefühl eine Rolle, das wir hier ja auch mal hatten, die Angst vor etwas Unbekanntem, das man nicht einschätzen kann und von dem man nicht weiß, wie darauf antworten. Gesamtschullehrer sind aber auch zur Zeit für Neuerungen besonders empfindlich, weil die ja mal mit sehr viel Vehemenz an die Geschichte dran gegangen sind, auch wirklich zum Teil phantastische Vorstellungen hatten, auch sehr viel investiert hatten. Dann wurden von der Kultusbürokratie die Bedingungen immer mehr verschlechtert. Vieles von dem was man anfangs gut fand, Änderung beim Zensurensystem etwa, wurde beschnitten. Zum Schluß hat sie die Kultusministerkonferenz in so einen regiden Rahmen „Abschlußbezogene Schule" gepreßt und andauernd in die Konkurrenz zum Gymnasium gestellt. Die Gesamtschullehrer sind demotiviert. Das war auch das Problem bei der zweiten Gesamtschule, bei der wir angefragt haben. Ich hab's manchmal bei den Konferenzen, wenn ich da war, nicht mehr ausgehalten, wie die Lehrer da argumentiert haben. Man müßte damit rechnen, daß man den Kindern auch mal den Arsch abwischen müsse und sowas. In Höhenhaus haben von 300 Kollegen nur 6 dafür gestimmt.

dr: In Köln-Holweide war das anders?

EK: In Holweide war das nicht ganz anders. Das, was in Höhenhaus fehlte, war eine Schulleitungsgruppe, die gesagt hat: „O. k., für uns ist das denkbar. Wir werden zwar große Probleme im Kollegium haben, aber dennoch." In Holweide war jemand da, die Schulleiterin, die gesagt hat, ich hab den Mut. Ich bin aber auch bereit, für



bestimmte Bedingungen zu kämpfen, z.B. für Sozialpädagogen.

dr: Da sitzen selbst bei relativ aufgeklärten Menschen die Vorurteile gegenüber Behinderten noch ganz tief.

EK: Ja, weil sie eben nicht über den Verstand ablaufen. In Holweide sind schon die ersten Kinder übernommen, andere gehen in Leverkusen in die Regel-Realschule. Was Holweide jetzt schon gespürt hat, daß von hier mit den behinderten Kindern eine ganze Reihe nichtbehinderter mit nach Holweide kommen, die sonst möglicherweise an's Gymnasium gegangen wären. Das sind Leute, von denen man jetzt schon sagen kann, die schaffen das Abitur, und das ist ein Vorteil für eine Gesamtschule. Insofern waren die Höhenhauser doof.

Neue Fachliteratur

1. SPARTY,LEO: „Rollstühle und Motorfahrzeuge für Behinderte"
Rehabilitationsverlag GmbH,
5300 Bonn 2,
ISNB 3-88239-123-5

Liebe Freunde

Es handelt sich bei diesem Band um die 2. wesentlich erweiterte Neuauflage des Buches. Der Autor hat mit außerordentlicher Sorgfalt alles zusammengetragen, was für die Beförderung körperbehinderter Menschen von A nach B wichtig ist. Das alles auf über 270 Seiten und auf dem neuesten Stand der Gesetzgebung, d.h. Mitte Juli 1985.

Ihr findet da neben anderen wichtigen Kapiteln erstmals Listen mit sämtlichen Herstellern von Rollstühlen und Motorfahrzeugen, die für Behinderte geeignet sind, eine Übersicht über alle gesetzlichen Bestimmungen, die Adressen der Fahrschulen für Behinderte, eine weitere mit den Fachgeschäften, Hinweise auf die Zuständigkeit der jeweiligen Kostenträger, rollstuhlgerechte Anlagen auf Autobahnen, eine Liste der rollstuhlgerechten Campingplätze; weiter sind die Bestimmungen, die wir als „Endverbraucher", aber auch der TÜV und andere zuständige Stellen bei der Fahrerlaubnis und Fahrpraxis beachten müssen, aufgeführt — ein wirkliches „Kompendium"!

Ein Buch also, das bei allen Überlegungen unentbehrlich ist, die dazu führen sollen, motorisch behinderte Menschen mit welchem Fahrzeug auch immer „beweglich" zu machen.



2. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege unter dem Titel: „Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege — Aufgaben und Finanzierung"
Lambertus-Verlag, Freiburg im Breisgau, 1985, ISBN 3-7841-0288-3

In diesem Buch wird nicht nur laut nachgedacht über die Merkmale eines Spitzenverbandes der Freien Wohlfahrtspflege, sondern auch über seine Aufgaben, seine Verantwortung gegenüber seinen Mitgliedern, über deren finanzielle Förderung. Da gehts dann gar bald um Fragen der Finanzquellen, über Pflegesätze, Leistungsentgelte, über Spendengelder, über Verbandsvermögen im allgemeinen und dann auch um die Aufgabe, Strukturen, Arbeitsweisen, Finanzierungsformen, Haushalte und Statistiken der einzelnen Spitzenverbände.

So ganz furchtbar kritisch oder gar selbst nicht kritisch sind die Verbände mit sich selbst umgegangen und erzählt haben sie wohl auch nur all das, was sie (gerne) erzählen wollten. Da bleibt so manche Frage offen — und damit auch so manches nachzufragen, nachzubohren. Und um dies zu können, sollte mensch sich zunächst einmal mit der Lektüre dieses Bandes beschäftigen, der ja letzlich wohl nur deshalb in dieser Form zustande kam, weil da einige Kritikaster unter den Journalisten angefangen haben nachzufragen, was denn mit dem Geld einer durchaus spendenwilligen Bevölkerung geschieht.

Da gab's denn wohl einige betretene Gesichter und schweißnasse Pfoten, und damit nicht die ganze Zunft in Verruf geriet (schwarze Schafe gibt es ja wohl überall), hat der Herausgeber in durchaus vornehmer Gelassenheit dieses Buch auf den Markt gebracht, damit die Seriosität der Verbände Freier Wohlfahrtspflege gar nicht erst in Verruf kommen und den, der da schnell seinen Geldbeutel öffnet, um „notleidenden oder gefährdeten Menschen" durch seine durchaus gut gemeinte Spende zu helfen, nicht in Unsicherheit stürzen und ihn vielleicht sogar zum Zögern veranlassen soll. Schließlich müssen die weit über 60.000 Einrichtungen mit über 650.000 hauptamtlichen Mitarbeitern ja irgendwie finanziert werden, d.h. dieser Arbeitsmarkt muß florieren.

•••



Betr.: Leitfaden für Arbeitgeber zur Beschäftigung Schwerbehinderter

Liebe Freunde,

Die Bundesanstalt für Arbeit hat vor einiger Zeit einen **Behinderten — Leitfaden für Arbeitgeber** herausgebracht, in dem Arbeitgeber, die nicht so gut informiert sind, wie z.B. Clubleute (Vorstände) dies sein sollten, über einzelne Behinderungsformen, technische und finanzielle Möglichkeiten der Hilfe durch die Bundesanstalt und andere Leistungsträger, über arbeitsmedizinische Aspekte und über vielfältige Förderungsmöglichkeiten unterrichtet werden.

•••

Pflegeleistungen für Behinderte

Von Andreas Jürgens

1985. VIII, 241 Seiten,
kartoniert DM 88,—
ISBN 3-452-20449-9

(= Schriftenreihe Sozialpolitik und Recht, Band 11)



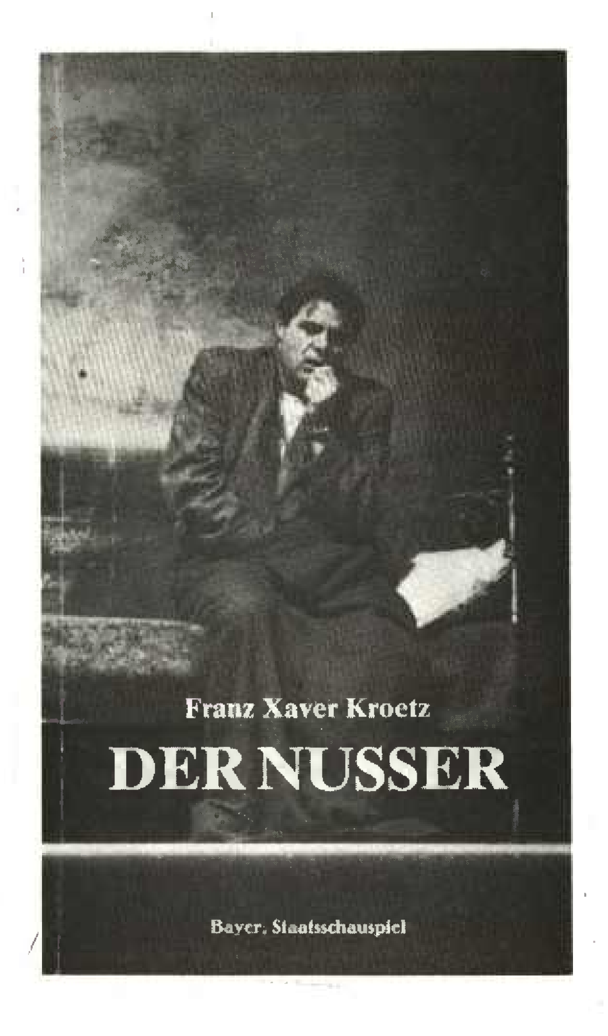
In einer Gesamtdarstellung der wichtigsten Vorschriften über Pflegeleistungen im Recht

— des Lastenausgleichs
— der Versorgung
— der Gesetzlichen Unfallversicherung und
— der Sozialhilfe

werden die rechtlichen Regelungen dem realen Bedarf Behinderter an Hilfe und Pflege gegenübergestellt.

Die häufig recht unterschiedliche Rechtsprechung zu den einzelnen Rechtsgebieten wird dargestellt und kritisiert, um hieran eigene Vorschläge für gemeinsame Strukturen der Pflegeleistungen anzuknüpfen. Erörterungen zum sozialrechtlichen Behindertenbegriff und zur Abgrenzung der Natural- von den Geldleistungen am Beispiel der Pflegeleistungen runden die Darstellung ab.

Neben der systematisch-dogmatischen Durchdringung dieses für die Praxis der Sozialversicherung so bedeutsamen Rechtsgebietes trägt der Band somit auch dazu bei, durch gezielt formulierte Vorschläge zu Gesetzesverständnis und -gestaltung praxisbezogene Hilfen für die Rechtsanwendung im Einzelfall sowie Anstöße für die Fortentwicklung des Behinderten-Rechts zu geben.



nach dem Stück „Hinkemann" von Ernst Toller (entstanden 1921/22)

Im März dieses Jahres erregte ein Stück am Münchner Residenztheater die Gemüter. Franz Xaver Kroetz inszenierte dort „Der Nusser" nach der Vorlage „Hinkemann" einem expressionistischen Roman von Ernst Toller. Die Kritiken über diese Aufführung waren alles andere als positiv zu werten. Auch beim Publikum kam es nicht an. Ein zu politisches Stück für das Bürgertum der bayerischen Landeshauptstadt.

Die Handlung dieses ursprünglich nach dem ersten Weltkrieg entstandenen Werkes ist äußerst aktuell. Neben der subjektiven Ebene sind es vor allem brisante Themen, auf die eingegangen wird: Arbeitslosigkeit, Armut, Kriegspolitik und der Zulauf, den die rechten Gruppen bekommen. Diese kapitalistischen Krisenpunkte sind eingearbeitet, in die persönliche Geschichte des Eugen Hinkemann:

Als Soldat, der im ersten Weltkrieg „für die Verteidigung des Vaterlandes" kämpfte, wird er verwundet. Durch einen Bauchschuß verliert er sein Geschlecht, „seine Männlichkeit". Es fällt ihm schwer, in den Nachkriegsalltag zurückzufinden, sich an das normale Leben zu gewöhnen. Er versucht seine Verkrüppelung zu verheimlichen, lebt als Außenseiter, fühlt sich wie ein Tier. Für ihn erscheint das Leben sinnlos. Er ist passiv, verzweifelt und hat ständig Spannungen mit seiner Frau, von der er glaubt, sie nehme ihn nicht mehr für voll.

Sein Freund Paul Großhahn, ein Draufgänger, der ins Leben zurückgefunden hat, treibt ihn an, daß er eine Stelle annimmt, sich integriert. Und Hinkemann arbeitet — für die Faschisten, während sich der Freund auf chauvinistische Weise seine Frau ins Bett holt. Hinkemann gerät in eine Identitätskrise — er steht vor der Entscheidung, einerseits weiterhin sich als Krüppel selbst zu verleugnen und sich an ein menschenverachtendes System anzupassen oder andererseits seine Unzulänglichkeit, sein Krüppelsein zu akzeptieren und sich politisch für eine humanere Gesellschaft zu engagieren, in der es keine Außenseiter, keine „Minderwertigen" mehr gibt. Er schafft es nicht, sich zu sich selbst zu bekennen, sich zu akzeptieren und an einer Veränderung des kapitalistischen (und der zwangsläufig extremen Form des Kapitalismus: des faschistischen) Weltbilds mitzuarbeiten. Die Geschichte endet dramatisch.

In diesem Stück treten auf der Bühne auch Behinderte auf. Während des Aktes, in dem Hinkemann seine innere Zerwühltheit artikuliert, in dem Dialog mit einem Zwerg, von dem er aufgefordert wird, sich zu seinem Krüppelsein zu bekennen, treten nacheinander acht „echte" Krüppel auf. Gekleidet in die Gewänder von Soldaten und einfachen alten Frauen aus der Landbevölkerung treten sie schweigend an den Bühnenrand, reihen sich auf und demonstrieren ihre Verkrüppelungen: ihre Buckel, ihre Amputationen, ihre Lähmungen. Im Hintergrund als Bühnenbild der gekreuzigte Jesus in überdimensionaler Größe. Schweigend, ohne ein Wort zu sagen oder sich mit Bewegungen in die Handlung einzubringen, stehen die Behinderten vor den Zuschauern. Selbst mir, die ich durch die Besprechungen darauf vorbereitet war, wurde es beklemmend und unheimlich zumute.

Nicht ganz berechtigt ist es meiner Meinung nach, daß „Der Nusser" in den Kulturteilen der etablierten Zeitungen nur ein negatives Echo fand. Gewiß, es ist kein einfaches Stück. Es fordert heraus, Kroetz legt es in seiner Inszenierung auf eine Konfrontation an. Die Handlung ist emotional schwer zu verdauen und die Bilder und Szenen sind brutal. Aber der Inhalt fordert zu einer Auseinandersetzung mit sich selbst, mit der eigenen Person auf und unserer Haltung zu den gegenwärtigen Wirtschafts- und sozialen Problemen. Kroetz war schon immer ein unbequemer Regisseur und Autor, der herausfordert.

Aber war es wirklich eine gute Idee von ihm, behinderte Statisten auf die Bühne zu holen, sie aufmarschieren zu lassen, sie in eine passive Rolle zu bringen und sie nicht agieren zu lassen? Ich unterstelle ihm, er wollte und hat die acht Behinderten benutzt, um einen Schock bei den Zuschauern auszulösen. Die Szene, in der Hinkemann zu der Akzeptanz seines Krüppelseins aufgefordert wird, wird in extremer Form überspitzt. Ist hier der Bogen nicht überspannt worden?

Es sind viele Szenen, die schockieren und auch Ekel hervorrufen: Die brutalen Bilder über den Krieg, die Szene, wo Hinkemann „lebendigen" Ratten den Kopf abbeißt, während kurz zuvor eine Gruppe von Menschen sich die Kleider ausgezogen hat und Bilder an die Erschießung und Vergasung der Juden während des Faschismus in den Zuschauern wachrufen. Diese Szenen sind es auch, die die Theaterplätze immer mehr lichten. (Zynischerweise hat Kroetz dies gleich in die Regieanweisungen eingearbeitet: „Während er schreit wird der Geschützlärm weniger, immer weniger. Es ist dann nur noch das Schreien zu hören. Die ersten Zuschauer verlassen das Theater" Aber das Auftreten der Krüppel, das Benutzen von Krüppel als Schockeffekt? Es ist gerade in einem expressionistischen Stück, in dem sich die psychologische, die emotionale Ebene und die politische Ebene so stark vermischen, schwer zu sagen, welches Bild von Krüppeln für die nichtbehinderten Zuschauer rüberkommt. Ich habe meine Zweifel.

ama



DER NUSSER

Werner Plapp aus München ist einer der Behinderten, die sich beim Schauspiel zur Schau stellen. Er hat mit einigen seiner Kolleginnen und Kollegen Interviews gemacht und mit Franz Xaver Kroetz selbst. Diese Interviews drucken wir nachfolgend ab.

In seinem Vorspann schreibt Werner:

Bei dieser Gelegenheit möchte ich allen sogenannten „Kritikern", die glaubten, sich am Montag nach der Premiere darüber aufregen zu müssen, folgendes sagen:

1. Alle wir Behinderten die da mit spielen, sind sehr gerne dabei.

2. Wir wurden/werden nicht „hingestellt" oder „zur Schau gestellt", sondern man will vom Stück „HINKEMANN" auf die Realität aufmerksam machen, daß es uns gibt, anders als wenn der polnische Filmstar, der in Rom Papst spielt, in die BRD kommt und die „armen Schützlinge" aus *ideologischen* Gründen in 4-er oder 5-er-Rollstuhlreihen dem Fernsehvolk ZUR SCHAU GESTELLT werden.

3. Wenn wir mit unserem Auftritt auch nur einen oder zwei anderen Behinderten Mut

machen können auch etwas zu tun, aufzubegehren, für UNSERE RECHTE einzutreten, dann wäre ich persönlich sehr froh darüber.

4. Schließlich der Hauptgrund, ich konnte es tun, weil ich Freundinnen habe, besonders eine die mich in stürmische Höhen führt und die mir jedesmal die Kraft und den MUT gibt „Es" zu tun.

●●●

Während der Proben konnte ich mit einigen die da an der Bühne vorne stehen reden.

FRAGE: Warum spielt ihr hier mit?

CHRISTINE: Ich habe oft gedacht, es müßte mal ein Theaterstück geben, in dem ich als Bucklige auf der Bühne stehen könnte. Als ich die Annonce in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG las, wußte ich, dies ist der Fingerzeig, wie ich meinem 61-jährigen Hausfrauendasein noch einmal ein Glanzlicht aufsetzen könnte.

Das Theater und das Theaterstück von dem ich mich in allerlei Hinsicht angesprochen fühle, hat mich ganz in seinen Bann gezogen.

BERND: Ich spiele mit, weil ich schon früher Theater gespielt habe. Dann wollte ich wissen, ob es mir was ausmacht, einfach wieder auf der Bühne zu stehen und von vielen Leuten angeschaut zu werden. (Macht mir nichts aus)

ROLF: Ich bin künstlerisch tätig, das Theaterspielen ist eine neue interessante Dimension ich bin dabei wegen des Geldes, meiner Meinung nach ist es gut, wenn man das Thema Behinderte etwas leichter nimmt, um Abgrenzungen zu vermeiden. Denn jeder ist ein vollwertiges Individuum, wenn er lernt sich selbst zu akzeptieren.

Und ich selbst (Werner): 1. Ich habe noc nie auf einer Theaterbühne gestanden und ich wollte wissen wie das ist.

2. Als Kind wurde ich wegen meiner Behinderung (ich habe einen Buckel) versteckt, durfte kaum unter Leute weil sich meine Familie schämte. Später dann als ich älter (bin jetzt 41) wurde, hatte ich Angst, daß man meinen Buckel sieht und deshalb will ich mich nun zeigen, denn wenn sich wer schämen muß, dann eine lieblose Verwandtschaft.



FRANZ XAVER würdest Du mir bitte ein paar Fragen beantworten?

Lieber Werner Deine Fragen beantworte ich Dir gerne.



FRAGE: Im Residenztheater München wird ein Stück von Ernst Toller „Der Nusser" gespielt, in dem Du die Regie führst. Kannst Du mir bitte etwas über den Inhalt erzählen?

FRANZ XAVER: Ernst Toller fragt in seinem Stück HINKEMANN ob es möglich ist, daß man *nur um seiner Seele willen* geliebt wird; denn der Hauptfigur „Eugen Hinkemann" ist im Krieg (1. Weltkrieg) das Geschlecht fortgeschossen worden. Er ist ein Eunuch, ein Behinderter, ein Krüppel. Ernst Toller ist der Meinung, daß man nicht nur wegen der Seele geliebt werden kann. Frau Hinkemann betrügt ihren Mann mit dem besten Freund — und tötet sich dann. Mir tut sie ebenso leid wie ihr Mann. Beide sind Opfer, Opfer einer herrschenden Gesellschaft und Moral. Das wollen wir auf der Bühne darstellen, damit können wir vielleicht das eine oder andere Opfer in der Gegenwart verhindern.

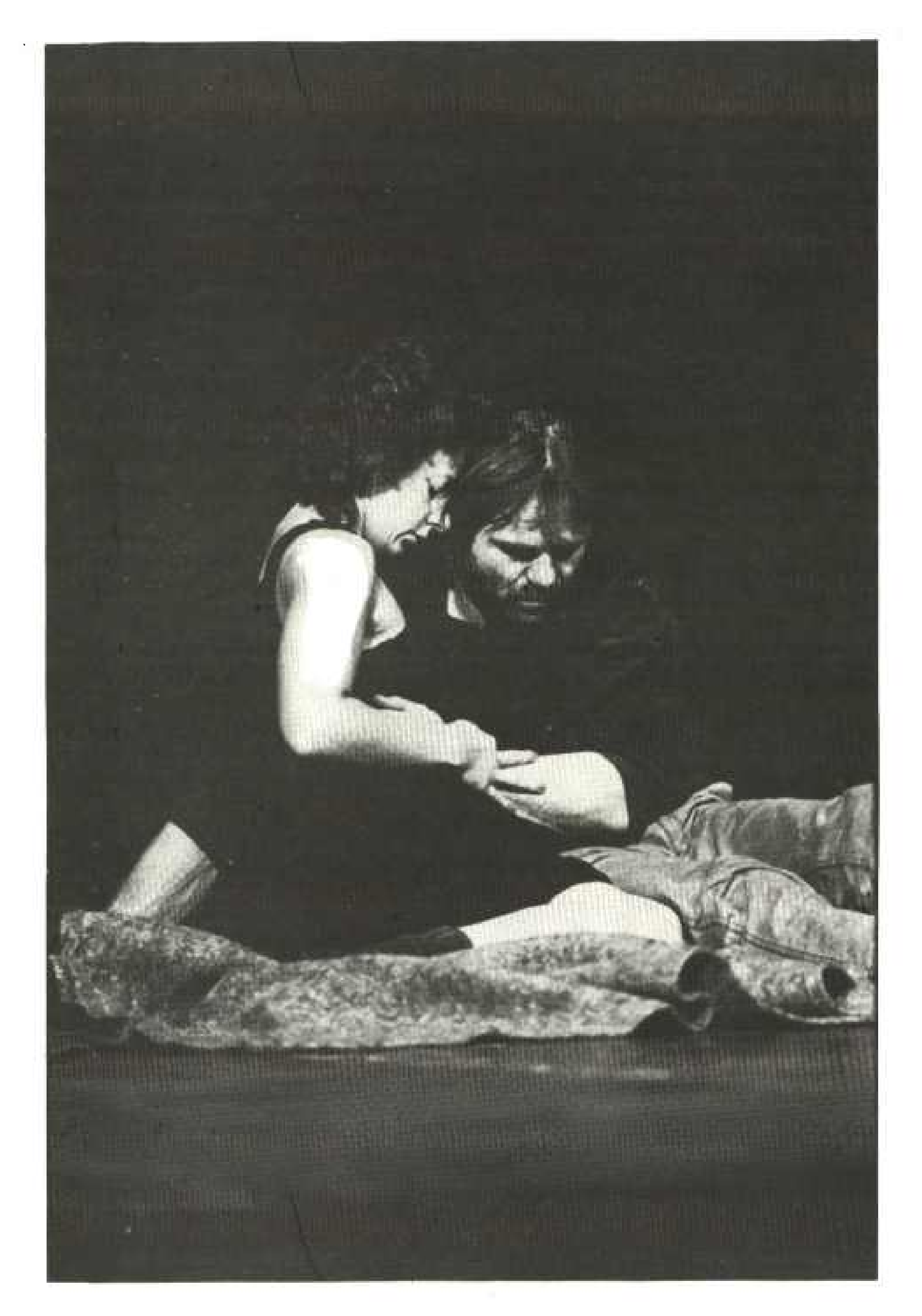
FRAGE: Wenn ich Dich richtig verstanden habe, soll das Stück keine Belehrung sein, sondern Du willst wachrütteln. Glaubst Du, daß die Menschen, die das Stück anschauen, den Inhalt verstehen werden bzw. wollen?

FRANZ XAVER: Das Stück ist — insgesamt — eine sehr radikale, anrührende Parabel GEGEN KRIEG — jede Form von Krieg.
Auch das wollen wir darstellen, weil wir glauben, grad jetzt — im Atomzeitalter (Toller tötete sich in der Emigration in New York 1939) — tut das besonders not!

Es gibt sehr unterschiedliche Erfahrungen mit den Zuschauern; viele sind unbelehrbar, unerreichbar. Sie gehen ins Theater und wollen einen „hübschen Abend" haben, nicht denken und nicht mitleiden. Man erreicht sie nur, wenn man ihnen auf den Kopf haut oder ihnen das Gehalt kürzt. Beides kann und will Theater nicht. Aber es gibt auch Menschen, die gehen ins Theater weil sie die Chance begreifen, die Theater hat: THEATER KANN FRAGEN ERLEBBAR MACHEN — nicht beantworten, aber es kann Leid aufzeigen, es kann nachfühlen, sensibler machen, eine menschliche Sicht erzeugen. Dazu braucht es aber die Hilfe und den Willen der Zuschauer.

FRAGE: In dem Stück spielen Schauspieler und Laien mit. Ist die Zusammenarbeit schwierig?

FRANZ XAVER: Ich arbeite sehr gerne mit Laien. Sie sind meistens auch sehr gut. Theater spielen ist ja eigentlich etwas, was allen Menschen angeboren ist. Viele Menschen würden mit sich und ihren Sorgen besser zurecht kommen, wenn sie in der Lage wären sich selber was über sich vorzuspielen. Man kann im freien Umgang mit sich, im Spielerischen viel über sich erfahren. Und wenn — jetzt in unserem Fall — jene mutigen Laien auftreten, die bereit sind, das Theaterpublikum mit ihrer Existenz auf die Wirklichkeit hinzuweisen, dann wissen wir alle, es ist die wichtigste Szene im Stück.



FRAGE: In Szene 18 treten am Schluß in der Bekennungsszene Behinderte auf. War es schwierig, welche zu finden?

FRANZ XAVER: Es war nicht schwierig, mutige Menschen zu finden, die behindert sind und das herzuzeigen bereit sind. Ich glaube das hängt mit dem Stück zusammen. Jeder merkt, daß wir ein großes, ernstes Anliegen haben und deshalb vertrauen die Mitspieler dem Stück und mir.

FRAGE: Du untermalst teilweise das Stück mit Wagnermusik, warum?

FRANZ XAVER: Der Fliegende Holländer ist ein Symbol deutschen Denkens: Liebe und Tod gehen ineinander. Irgendwo ist Wagner ein Wegbereiter des Faschismus gewesen. Das wollen wir auch aufzeigen.

FRAGE: Das Stück enthält ja auch sehr stark soziale- und gesellschaftspolitische Kritik. Könntest Du Dich in ein paar Sätzen über den Sozialabbau äußern?

FRANZ XAVER: Der Sozialabbau begann schon unter Schmidt. Ich denke bloß daran, daß die Regierung Schmidt erwog, den Altenheimbewohnern das Taschengeld zu kürzen. Die Regierung Kohl nimmt noch weniger Rücksicht. Aber sie nimmt nicht nur auf die Gruppe der Behinderten wenig Rücksicht, auch die Armen in unserem Land spüren die Menschenverachtung dieser „christlichen" Regierung. Wir bekommen immer mehr Arme, die Arbeitslosen werden nicht weniger, Geschwätz schafft keine Arbeit! Aber die Unternehmer erreichen neue Höchstgewinne. Neuestes Beispiel: der Angriff auf das Streikrecht ist natürlich, letztlich auch ein „Sozialabbau" — denn mit einem lädierten Streikrecht werden die Lohntüten in Zukunft schmaler sein. Und wenn der Staat — was er ja versucht — auch noch bei den Kranken spart, dann kippt die soziale Balance. Und einige Behinderte sind ja behindert UND krank. Sie spüren es am schlimmsten.

FRAGE: In München sollen auf einigen Linien rollstuhlgerechte Busse eingesetzt werden. Könntest Du Dir vorstellen, daß Du Dich mit uns solidarisierst, daß auf allen Linien rollstuhlgerechte Busse eingesetzt werden?

FRANZ XAVER: Die Unbeweglchkeit vieler Behinderter ist ein schweres Problem. Nimm Dich selbst: unsere Theaterkantine ist im Keller. In den Keller fährt der Aufzug nicht. Die Treppe ist alt und steil. Also kannst Du kaum am Kantinenleben teilnehmen: Du bist ausgeschlossen, wenn Dich niemand hinunterträgt. Und wenn Du in die Kantine kommst, gibt es sicher einige, die die Nase rümpfen und sich denken: Dieser Scheiß-Kroetz verdirbt uns mit seinen Krüppeln auch noch den Appetit! So elend und erbärmlich reagieren „ganz normale" Menschen!

Ich meine, es muß noch sehr viel getan werden, damit Behinderte beweglich, reisefähig werden. Sie müssen ja auf die Gesellschaft zugehen. Sonst sind und bleiben sie einsam. Also: natürlich müssen die öffentlichen Verkehrsmittel so sein, daß Behinderte gut und menschenwürdig transportiert werden können. Das ist doch ein fundamentales Grundrecht!

FRAGE: Wann wird PREMIERE Deines Stücks sein?

FRANZ XAVER: Die Premiere unseres Stückes ist am 15. März — es gibt für die Mitwirkenden, zu denen Du auch gehörst verbilligte Karten. Du mußt sie bloß verlangen.

FRAGE: Wirst Du mit Deinem neuen Stück auf Tournee gehen oder wird es nur in München aufgeführt?

FRANZ XAVER: Das Stück wird bis Juli in München gespielt und dann im Herbst im Stuttgarter Theater weiter gespielt. Meine Stücke werden aber in vielen Städten aufgeführt. Und es wird sicher auch vom NUSSER Produktionen an anderen Theatern geben.

ABSCHLUSSFRAGE: Könntest Du Dir vorstellen, ein Stück zu schreiben und auch aufzuführen, wie wir Behinderte leben, lieben, um unsere Rechte kämpfen und uns gegen Vorurteile in der Umwelt wehren?

FRANZ XAVER: Ich könnte es mir vorstellen, wenn ich selbst mit einer Gruppe von

Behinderten zusammen leben würde (mich z.B. in eine behinderte Frau verlieben würde, die mir dann Einblick und Einfühlung in die gesamte Situation ermöglichen würde!). Ich habe allerdings schon einen großen Teil meines Lebens und meiner Literatur damit verbracht, über Behinderte zu schreiben (mein großer Roman DER MONDSCHEINKNECHT handelt von einem Mann, der Kinderlähmung hatte und ohne Krücken nicht gehen und stehen kann). In diesem Roman habe ich auch darüber nachgedacht wie ein Behinderter lebt und — LIEBT und um seine Rechte kämpft. Ich habe einen wehrhaften Behinderten dargestellt. Und nur durch Kampf kann man etwas erreichen.

Ich danke Dir Franz Xaver für dieses Interview und wünsche Dir und allen Mitwirkenden, toi, toi, toi!



Ein Anti-Heimatfilm
Verbotene Leidenschaften im ‚Höhenfeuer'

Der Hahn kräht bei Sonnenaufgang, blumenbedeckte Wiesen, wolkenverhangene Berggipfel, Kühe auf der Alm, neugeborene Ferkel umlagern grunzend die Sau, mittendrin zwei junge Menschen, zwischen denen sich eine verbotene Liebe entwickelt — ein schnulziger Heimatfilm, der Hamburgs Kinokassen nur deshalb füllt, weil sich die Nordlichter notorisch auf Kosten der Almbewohner amüsieren?

Weit gefehlt. Der Regisseur Fredi M. Murer hat mit seinem ‚Höhenfeuer' einen ruhigen Film gedreht, fern vom Klischee des tölpelhaften Bauern und von krachlederner Bergvolks-Mentalität: Vier Menschen leben auf einem abgeschiedenen Bergbauernhof; Vater und Mutter, Tochter und Sohn. Das Treiben im Tal ist weit weg. Mit den nächsten Nachbarn kommuniziert man per Fernglas, es sind die eigenen Großeltern. Kein Telefon, keine Autos oder Modejournale — die Verbindung zur hektischen Welt der Städter hält der Versandhaus-Katalog. Ein enges und karges Zusammenleben, in dem kein Platz für Sexualität ist. Anzeichen von Pubertät begegnet man mit einem seit Generationen überlieferten Mittel: Steineklopfen.



Vater und Sohn in Murers ‚Höhenfeuer'

Unendlich behutsam wird das Seelenleben der einzelnen Familienmitglieder vorgestellt — kleine Mosaiksteinchen, die die Spannung bis zum Schluß erhalten. Da ist die Tochter, eigentlich wollte sie Lehrerin werden, unten im Tal. Sie wird auf dem Hof gebraucht. Weil sie so tüchtig ist, darf sie jetzt ihren Bruder unterrichten, der von Geburt an taubstumm ist. Kein Drama in der Abgeschiedenheit (obwohl sich die gottesgläubige Mutter mit heimlichen Schuldvorwürfen plagt), solange der Sohn fest anpacken kann auf dem Hof. Dennoch — bei ihm brechen zuerst aggresssive Töne durch: Etwa wenn er das Kofferradio der Schwester in die Tränke wirft weil er die offenbar aufmunternden Klänge nicht hört; oder wenn er bei der Feldarbeit eine Maschine den Hang hinunterstürzt, weil er nicht mitbekommen hat, daß die Ursache für den Defekt nur ein verklemmter Stein war. Trotzdem wird die Erzählung zu keinem Behindertenfilm, glücklicherweise. Der Betrachter weiß nie so recht, gegen was sich die kurzen Momente des Aufbegehrens eigentlich richten: Gegen die Gunst des Nichtbehindert-Seins oder vielmehr gegen die Zwänge des starren, alltäglichen Trottes? Die Taubstummheit bleibt wie beiläufig, bemerkenswert nur die auf sich selbst zurückziehende Beschäftigung, wenn die anderen im Gespräch vertieft sind.
Im Mittelpunkt aber steht das innige miteinander Umgehen der Menschen in der Einsamkeit der Berge. In stillen Szenen kann der Zuschauer beobachten, wie sich zwischen den Geschwistern aus der Zuneigung langsam eine Liebesgeschichte entspinnt. Eine inzestuöse Liebe, die das reglementierte Gefüge des Hoflebens sprengen muß. Die Katastrophe bleibt nicht aus.

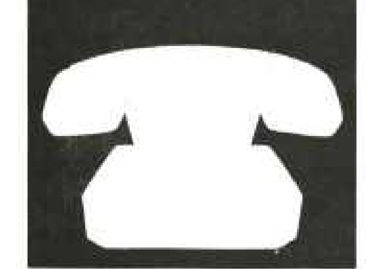
Der empfehlenswerte Film lebt von der geduldigen Zeichnung seiner sympathischen Personen, die immer wieder überraschende Regungen zeigen. Still wie das Leben da oben wird die Geschichte erzählt. Den Schauspielern — überwiegend Laien — gelingt es ohne ‚Action'-Szenen und mit häufig aufblitzenden feinem Humor, eine fremde Welt ein Stück näherzurücken. Angenehm der Verzicht auf grobe Erklärungsmuster für die Psyche der Leute — das Leben ist so, wie es läuft. Knapp unter der Wolkendecke.

Udo Sierck

Alle Menschen sind gleich -
manche mehr,
manche weniger!

WO ES AUSKUNFT GIBT

In allen Bundesländern informieren telefonische Beratungsdienste über die radioaktive Belastung. Grenzwerte und aktuelle Meßwerte können erfragt werden, ebenso wie Lebensmittelempfehlungen und allgemeine Hinweise zur Gesundheits-Vorsorge. Auskünfte erteilen auch Giftzentralen, Gesundheitsämter, Kreis- und Stadtverwaltungen sowie Umweltämter.



Bund

Bundesminister des Inneren

Allgemeine Strahlenberatung:
0228/6814440
0228/6814448

Baden-Württemberg

Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung
Allgemeine Strahlenberatung:
0711/66737144
0711/66737359
0711/66737011

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten
Landwirtschaftliche Beratung:
0711/6472138

Lebensmittelberatung:
0711/6472276

Nichtstaatliche Strahlenberatung:
Bund für Umwelt und Naturschutz
0761/35254

Bayern

Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen
Allgemeine Strahlenberatung:
089/92143271
089/92143272
089/92143273
089/92143274
Telefonische Ansage 1166 oder 01166

Nichtstaatliche Strahlenberatung:
Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung
Allgemeine Strahlenberatung:
089/31870

Bund Naturschutz in Bayern
089/288300
089/396089
089/868011

Berlin

Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz
Allgemeine Strahlenberatung:
030/3018020
Grünes Telefon:
030/25862525

Senator für Gesundheit und Soziales
Gesundheits- und Lebensmittelberatung:
030/21222870

Nichtstaatliche Strahlenberatung:
Bund für Umwelt und Naturschutz
030/732129

Bremen

Senator für Umweltschutz
Allgemeine Strahlenberatung:
0421/397980
0421/3616107
0421/3616108
0421/3616628

Nichtstaatliche Strahlenberatung:
Bund für Umwelt und Naturschutz
0421/233606

Hamburg

Umweltbehörde
Allgemeine Strahlenberatung:
040/248253949
040/248253249

Gesundheitsbehörde
Lebensmittel- und landwirtschaftliche Beratung:
040/44195280
Grünes Telefon:
040/343536

Nichtstaatliche Strahlenberatung:
Bund für Umwelt und Naturschutz
040/244411

Hessen

Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales
Allgemeine Strahlenberatung:
06121/8172213
06121/8173224
06121/8173324

Nichtstaatliche Strahlenberatung:
Bund für Umwelt und Naturschutz
069/614444

Niedersachsen

Ministerium für Bundesangelegenheiten
Allgemeine Strahlenberatung:
0511/89911
Grünes Telefon:
0511/168555

Nichtstaatliche Strahlenberatung:
Bund für Umwelt und Naturschutz
0511/341636

Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
Allgemeine Strahlenberatung:
0211/83702

Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft
Lebensmittelberatung:
0211/4566232
0221/4566558
0221/4566397

Grüne Telefone:

Arnsberg	02931/822666
Detmold	05231/711122
Düsseldorf	0211/49774444
Köln	0221/16332222
Münster	0251/4113300

Nichtstaatliche Strahlenberatung:
Bund für Umwelt und Naturschutz
02102/22081

Rheinland-Pfalz

Umweltministerium
Allgemeine Strahlenberatung:
06131/164625
06131/164623

Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten
Lebensmittel- und landwirtschaftliche Beratung:
06131/164655
06131/162588

Nichtstaatliche Strahlenberatung:
Bund für Umwelt und Naturschutz
06242/4646

Saarland

Staatskanzlei
Allgemeine Strahlenberatung:
0681/5006118
Sozialministerium
Gesundheits- und Lebensmittelberatung: 0681/5013164

Staatliches Institut für Hygiene und Infektionskrankheiten
Meßwerte und Auskünfte:
0681/58650
Grünes Telefon:
0681/5015101

Nichtstaatliche Strahlenberatung:
Bund für Umwelt und Naturschutz
0681/33957

Schleswig-Holstein

Sozialministerium
Allgemeine Strahlenberatung:
0431/567034 bis 567039
Grünes Telefon:
0431/5965354

Nichtstaatliche Strahlenberatung:
Bund für Umwelt und Naturschutz
0431/673031

Rollstuhlbasketball

BSG Duisburg — Deutscher Meister '86

Die BSG Duisburg schlug den Topfavoriten USC München in beiden Finalspielen überraschend klar. Auf dem Weg ins Finale mußte sich das Duisburger Team nach der Vorrunde mit den in der Gruppe Süd zweitplazierten Frankfurtern auseinandersetzen. Zu Hause verlor Frankfurt mit 53 : 46 Punkten, auch das Rückspiel entschied Duisburg mit 53 : 44 für sich.

Unerwartet spannend dagegen verliefen die Halbfinalbegegnungen zwischen München und Koblenz. Während das Hinspiel noch klar mit 56 : 45 gewonnen wurde, mußten die Münchner im Rückspiel in Koblenz vor ca. 100 Zuschauern bis zum Schlußpfiff zittern. Koblenz gewann zwar mit 70 : 60 Punkten, doch entschied der im Hinspiel mehr erzielte eine Punkt die Partie zugunsten der Münchner.

Trotz des nur knappen Sieges über den letztjährigen Pokalsieger Koblenz galt München als den Duisburgern überlegen, zumal die bisherigen 3 Begegnungen der beiden Teams in dieser Saison auf Turnieren und im Pokal immer klar an die Münchner gingen. Das 1. Finalspiel gewann Duisburg zu Hause mit 50 : 46, das zweite in München mit 40 : 47 Punkten.
Die beiden Verlierer des Halbfinals Koblenz und Frankfurt spielten um den 3. Platz. Beide Spiele konnten die Koblenzer klar mit 66 : 58 und mit 52 : 32 Punkten souverän für sich entscheiden.

Für die Spiele um den 5. Platz konnten sich Ravensburg und Köln qualifizieren. Die Ravensburger besiegten Langenhagen mit 58 : 43 und 57 : 43 Punkten. Die ersatzgeschwächten Kaufbeurer hatten in eigener Halle gegen den RSC Köln keine Chance und verloren mit 16 : 91. Da Kaufbeuren zum Rückspiel nicht antrat, wurde das Spiel mit 4 : 0 Punkten für Köln gewertet.

Beide Finalspiele um den 5. Platz wurden von den Kölnern gewonnen, zu Hause mit 55 : 43 und in Ravensburg mit 65 : 60 Punkten.

Die Abschlußtabelle der Saison 85/86:

1. BSG Duisburg — Deutscher Meister 86
2. USC München
3. RSG Koblenz
4. RSC Frankfurt
5. RSC Köln
6. SKV Ravensburg
7. RSG Langenhagen
8. VSG Kaufbeuren

Nationalmannschaft

RBB-Weltspiele in Melbourne/Australien
Die USA wurden Weltmeister 86

Die USA gewannen ihre Gruppenspiele ebenso überlegen wie das Endspiel. Hier ließen sie den Kanadiern keine Chance und gewannen klar mit 61 : 40 Punkten.

Für die deutsche Mannschaft endete die WM mit einem enttäuschenden 9. Platz.

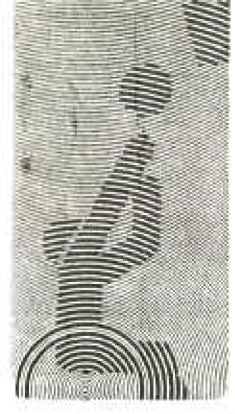
Nach Aussage des Bundestrainers Ulf Mehrens war vor allem die Nervosität der größte Gegner unseres Teams. Zukünftig soll die mangelnde internationale Erfahrung durch eine intensivere Turnierpraxis ausgeglichen werden. Bis zur Olympiade 1988 in Seoul/S. Korea hofft Mehrens den Anschluß an die internationale Spitze hergestellt zu haben.

Die Ergebnisse der Spiele unseres Teams:

Schweden — BRD	62 : 49
BRD — Frankfreich	36 : 47
BRD — Australien	36 : 35
Italien — BRD	50 : 41
BRD — Kanada	47 : 52
BRD — Australien	44 : 41

Die Abschlußtabelle der WM

1. USA
2. Kanada
3. Niederlande
4. Frankreich
5. Israel
6. Schweden
7. Jugoslawien
8. Italien
9. BRD
10. Australien
11. England



Impressum

Herausgeber:
CeBeeF-Club Behinderter und ihrer Freunde in Köln und Umgebung e.V.
Pohlmanstr. 13, 5000 Köln 60

Redaktion Köln:
Lothar Sandfort
Pohlmanstr. 13, 5000 Köln 60

Redaktion München:
Werner Spring
Barlachstr. 30/V, 8000 München 40
☎ 089 / 30 31 48

Redaktion Berlin:
Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter Studenten Berlin.
c/o Peter Dietrich
Gustav-Müller-Str. 41, 1000 Berlin 62

Redaktion Hamburg-Bremen:
Udo Sierck
Borselstr. 15, 2000 Hamburg 50
☎ 040 / 390 22 00

Abo-, Anz.- und Vertriebsverwaltung:
Wolfram Jakob
Pohlmanstr. 13, 5000 Köln 60
☎ 0221 / 712 13 00

V.i.S.d.P.:
Lothar Sandfort
Wiederschall, 5202 Hennef
und Carl Friedrich Ingenmey
Neuenhöfer Allee 104, 5000 Köln 41

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Einzelpreis: DM 2,—
Abonnement: DM 19,— (12 Zeitungen)
Probekassetten: DM 5,—
Abo-Kassette: DM 30,— (10 Kassetten)

Abonnement im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Erscheinungsweise:
monatlich

Layout:
Eberhard Hanisch, Bad Münstereifel

Gesamtherstellung:
Seidelbast-Werkstätten, Bad Münstereifel

Ich abonniere die ***randschau*** für 1 Jahr. Wenn ich das Abonnement nicht 3 Monate vor Ablauf kündige, verlängert sich das Abonnement automatisch um 1 Jahr.

Dafür habe ich DM 19,—

☐ überwiesen auf das Konto
CeBeeF-Köln — die randschau
Konto-Nr. 122 2645 (BLZ 370 501 98)
Stadtsparkasse Köln

☐ einen Scheck beigelegt.

Lieferung ab: ____________________
(auch rückwirkend)

Name: ....

Straße: ....

Ort: ....

Datum ____________ Unterschrift ____________________

Postkarte / Antwort

Bitte freimachen

die randschau
POHLMANSTR.13
5000 KÖLN 60

Ich abonniere die ***randschau*** für 1 Jahr. Wenn ich das Abonnement nicht 3 Monate vor Ablauf kündige, verlängert sich das Abonnement automatisch um 1 Jahr.

Dafür habe ich DM 19,—

☐ überwiesen auf das Konto
CeBeeF-Köln — die randschau
Konto-Nr. 122 2645 (BLZ 370 501 98)
Stadtsparkasse Köln

☐ einen Scheck beigelegt.

Lieferung ab: ____________________
(auch rückwirkend)

Name: ....

Straße: ....

Ort: ....

Datum ____________ Unterschrift ____________________

Postkarte / Antwort

Bitte freimachen

die randschau
POHLMANSTR.13
5000 KÖLN 60

☐ Ich bestelle eine Probekassette der ***die randschau*** für Blinde für DM 5,—

☐ Ich abonniere die ***die randschau*** für Blinde zunächst für 10 Ausgaben (DM 30,—)

Die Probekassette muß 3 Wochen nach Erhalt wieder zurückgeschickt werden. Wenn ich das Abonnement nicht vor Erhalt der Kassette kündige, verlängert sich das Abonnement automatisch.

Ich habe den zu zahlenden Betrag

☐ überwiesen auf das Konto
CeBeeF-Köln — die randschau
Kto.-Nr. 122 2645 (BLZ 370 501 98),
Stadtsparkasse Köln

☐ als Scheck beigelegt.

Name: ....

Straße: ....

Ort: ....

Datum ____________ Unterschrift ____________________

Postkarte / Antwort

Bitte freimachen

die randschau
Abo-Verwaltung
Pohlmanstr. 13
5000 Köln 60

randschau-Pohlmanstr.13-5000 Koeln 60
Postvertriebsstueck
Gebühr bezahlt 67955 E

Christel Ronneberger

Kronprinzenallee

5600 Wuppertal 1

zt natur bestellt, erhält das Test-Heft dazu.



Wer abonniert, hat mehr von natur

Erstens spart man jedes Jahr DM 14,40 (denn dann kostet ein natur-Heft statt DM 8,- pro Einzelheft nur DM 6,80.)

Zweitens: natur kommt frei Haus ins Haus (Zustellung und Verpackung sind im günstigen Preis enthalten.)

Drittens: Man kann jederzeit kündigen. (Mit Geld-zurück-Garantie für noch nicht gelieferte Hefte.)